

„Selbstbewusst“ und „stolz“. Das außenpolitische Vokabular der Berliner Republik als Fährte einer Neuorientierung

Gunther Hellmann · Christian Weber · Frank Sauer · Sonja Schirmbeck

Zusammenfassung: Der Beitrag skizziert einen neuen, sprachphilosophisch inspirierten Forschungsansatz („Vokabularanalyse“) und wendet ihn exemplarisch auf die deutsche Außenpolitik an. Ohne die Diskussion darüber fortzusetzen, ob Kontinuität oder Wandel für die deutsche Außenpolitik seit der Vereinigung kennzeichnend ist, rekonstruiert der Beitrag die Entwicklung der deutschen außenpolitischen Praxis zwischen 1986 und 2002 anhand des Sprachgebrauchs der außenpolitischen Elite. Exemplarisch wird der Gebrauch der Schlüsselbegriffe Deutschland, Europa, Macht, Verantwortung, Selbstbewusstsein und Stolz analysiert. Es zeigt sich, dass im semantischen Netz, aus dem der außenpolitische Diskurs in Deutschland gewoben ist, mittels der Vokabularanalyse erstaunliche Verschiebungen sichtbar gemacht werden können – Verschiebungen, die ihrerseits nicht folgenlos für die außenpolitische Identität Deutschlands bleiben.

Schlagwörter: Deutsche Außenpolitik · Sprachphilosophie · Schlüsselbegriffe · Diskursanalyse · Begriffsgeschichte

Abstract: The article sketches a newly developed analytical approach (“vocabulary analysis”) inspired by philosophy of language. Without engaging in the debate as to whether Germany’s foreign policy is best characterised either in terms of continuity or

Prof. Dr. Gunther Hellmann (✉)

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 5, Fach 102, 60054 Frankfurt a. M.,
Deutschland
E-Mail: g.hellmann@soz.uni-frankfurt.de

Christian Weber

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Kalkentalstraße 4-6, 60489 Frankfurt a. M., Deutschland
E-Mail: webechri@yahoo.de

Frank Sauer

Universität der Bundeswehr, Institut für Internationale Politik und Völkerrecht,
Werner-Heisenberg-Weg 39, 85577 Neubiberg, Deutschland
E-Mail: frank.sauer@unibw.de

Sonja Schirmbeck

University of Bath, 16 Landsown Place East, BA1 5ET, Bath, United Kingdom
E-Mail: sonja.schirmbeck@t-online.de

change, the article reconstructs the development of the German foreign policy practice between 1986 and 2002 on the basis of the foreign policy elite's discourse. In an exemplary fashion it illustrates the use of the key concepts Germany, Europe, power, responsibility, self-confidence and pride. We conclude that vocabulary analysis reveals astonishing shifts in the semantic web of which German foreign policy discourse is "woven" – shifts which will also leave traces in Germany's foreign policy identity.

Keywords: German Foreign Policy · Philosophy of Language · Key Concepts · Discourse Analysis · Conceptual History

1. Einleitung*

„Unser Fehler ist, dort nach einer Erklärung zu suchen,
wo wir die Tatsachen als ‚Urphänomene‘ sehen sollten.
D.h., wo wir sagen sollten: *dieses Sprachspiel wird gespielt*“ (Wittgenstein 1984a:
§ 654).

„Stellen wir uns die Tatsachen anders vor, als sie sind,
so verlieren gewisse Sprachspiele an Wichtigkeit, andere werden wichtig.
Und so ändert sich, und zwar allmählich,
der Gebrauch des Vokabulars der Sprache“ (Wittgenstein 1984b: § 63).

Kontinuität und Wandel sind zwei Kategorien, die die politikwissenschaftliche Analyse deutscher Außenpolitik im letzten Jahrzehnt wesentlich prägten. Außenpolitische Kontinuität wurde dabei zumeist im Sinne des Festhaltens an den bundesrepublikanischen Handlungsmaximen eines Handelsstaates oder einer Zivilmacht („Bonner Republik“) verstanden, außenpolitischer Wandel hingegen in aller Regel als Hinwendung zu einer stärker eigenständigen und machtorientierten Politik konzeptualisiert. Befürworter eines so verstandenen Wandels forderten eine „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik, während diejenigen, die ihn eher befürchteten denn erhofften, vor einer drohenden „Militarisierung“ warnten.¹

* Dieser Beitrag baut auf Ergebnissen der Lehrveranstaltung „Das neue außenpolitische Vokabular der Berliner Republik: Untersuchungen zur Veränderung deutscher Außenpolitik“ auf, die Gunther Hellmann im Wintersemester 2004/2005 sowie im Sommersemester 2005 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main unterrichtet hat. Unser Dank gilt daher insbesondere den Teilnehmern dieser Lehrveranstaltung. Für konstruktive Kommentare zu früheren Fassungen danken wir ferner den Teilnehmern der „offenen Sektionstagung“ der Sektion Internationale Politik der DVPW im Oktober 2005 in Mannheim, dem Kommentator des Panels „Neue Ansätze zur Analyse deutscher Außenpolitik“ sowie den Teilnehmern des Kolloquiums „Internationale Beziehungen“ an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, insbesondere Benjamin Herboth und Gabi Schlag.

¹ Zur „Normalisierung“ bzw. machtpolitischen Selbstbehauptung vgl. etwa Schwarz (1994), Baring (1999), Hacke (2003, 2006), Schöllgen (2004) und Crawford (2007). Zur These der „Militarisierung“ vgl. Berndt (1997) und Mutz (2000).

In diesem Beitrag soll nicht die Diskussion darüber fortgesetzt werden, *ob* Kontinuität oder Wandel überwiegt. Wichtiger erscheint vielmehr die Frage, *wie* sich die deutsche Außenpolitik in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat und *woran* man neue Elemente gegebenenfalls erkennen und festmachen kann. Wir gehen davon aus, dass sich etwaige zurückliegende Veränderungen sowie gegenwärtige Trends besser verstehen lassen, wenn man den politischen Sprachgebrauch in den Mittelpunkt der Untersuchung rückt und graduelle Veränderungen in den Narrativen über deutsche Außenpolitik rekonstruiert. Dabei folgen wir der in der Diskurstheorie etablierten Auffassung, dass jede politische Äußerung in umfassendere Diskurse eingebettet ist und dass im Gebrauch eines bestimmten Vokabulars bzw. in der Verwendung gängiger Redeweisen nicht nur individuelle Entscheidungen eines Politikers oder seines Redenschreibers zu sehen sind, sondern gesamtgesellschaftliche Überzeugungen zum Ausdruck kommen.² Im Unterschied zu den wenigen anderen bisher vorgelegten diskurstheoretisch inspirierten Arbeiten zur deutschen Außenpolitik (Bach 1999; Hellmann 1999; Ecker-Erhard 2002; Bock 2002; Baumann 2006) wird im Folgenden eine bisher vernachlässigte Ebene politischer Sprache in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt. *Schlüsselbegriffe*, so die Annahme, nehmen in außenpolitischen Diskursen eine hervorgehobene Position ein, weil sie eine große Prägekraft für die Ausbildung kollektiver Bedeutungsstrukturen haben und sich in ihnen spezifische politisch-kulturelle Eigenheiten unterschiedlicher Diskursgemeinschaften konzentrieren. Solche Schlüsselbegriffe (bzw. „Wortkombinationen“ oder „Kollokationen“)³ bilden gleichsam den harten Kern des *Vokabulars*, mit dem deutscher Außenpolitik Sinn verliehen wird. Durch diese Konzentration auf Schlüsselbegriffe soll die Bedeutung alternativer diskurstheoretischer Ansätze nicht relativiert, wohl aber das Spektrum möglicher Analysegegenstände stärker ausdifferenziert werden. Statt umfassendere Diskurse (oder Diskursstrukturen) zu untersuchen, steht hier eine der kleinsten sprachlichen Einheiten – und damit die Mikroebene gesellschaftlicher Sinnkonstruktion – im Zentrum.

Wichtig ist dabei, dass mit der Analyse eines bestimmten außenpolitischen Kernvokabulars kein Anspruch verbunden wird, im traditionellen Sinne zu *erklären*, *warum* sich deutsche Außenpolitik (möglicherweise) verändert hat.⁴ Vielmehr geht es um einen Beitrag zur *Beschreibung* eines sich (möglicherweise) verändernden Sprachgebrauchs. Dem liegt die – von Positivisten hinsichtlich ihrer weitreichenden Implikationen zumeist

2 Vgl. hierzu im Kontrast das ausschließlich instrumentelle Verständnis von Sprache als Mittel im politischen Meinungsstreit bei Greiffenhagen (1980), Strauß et al. (1989), Townson (1992), Stötzl/Wengeler (1995), Shrouf (2005). Als frühes Beispiel einer politikwissenschaftlichen Sprachkritik vgl. Sternberger (1932).

3 Vgl. hierzu Busse (2002: 408), der „Wortkombinationen“ definiert als „phraseologische Einheiten, die nicht als vollständige syntaktische Struktur oder Teilstruktur verwendet werden können und die daher nicht über das Merkmal der (relativen) syntaktischen Selbstständigkeit verfügen“. Unter einer „Kollokation“ versteht die Linguistik häufig zusammen auftretende Wörter, die manchmal sogar die Form vergleichsweise fester syntaktischer Verbindungen annehmen können (siehe dazu: Teubert 1999: 299-301, 2006: 49 sowie Reder 2006: 158-161). Im Folgenden geht es daher nicht nur um zentrale *Begriffe* im deutschen außenpolitischen Diskurs, wie „Verantwortung“, „Macht“ oder „Selbstbewusstsein“, sondern auch um spezifischere (wenn auch teilweise unterschiedlich geartete) Wortkombinationen oder Kollokationen wie etwa „Verantwortung übernehmen“, „Machtpolitik“, „Zivilmacht“ oder „selbstbewusste Außenpolitik“.

4 Zu einem solchen Erklärungsversuch vgl. allerdings Hellmann (2006, 2007).

unterschätzte – Überzeugung zugrunde, dass die treffende *Beschreibung* der *Erklärung* immer vorausgeht und insofern lediglich einen (notwendigerweise kontingenten) Ausgangspunkt nachfolgender Erklärungen markiert (Wittgenstein 1984b: § 189). Die vorgeschlagene Vokabularanalyse soll dazu beitragen, besser zu *verstehen*, *ob* und wenn ja, *wie* sich der *Sprachgebrauch* derjenigen Diskursteilnehmer verändert hat, die das außenpolitische Selbstverständnis Deutschlands am stärksten beeinflussen. Die hier zugrunde gelegte wittgensteinsche sprachphilosophische Position bedeutet im Kern, dass sich die Bedeutung eines Begriffs nur über seinen *Gebrauch* verstehen und sich „Gebrauch“ am besten dadurch illustrieren lässt, dass man „Beispiele gibt“ (vgl. Wittgenstein 1984a: §§ 71, 75, 77, 135, 208, 1984b: § 139).

Der Beitrag gliedert sich in fünf Teile. Der nächste Abschnitt analysiert die Rolle von Sprache bei der (Re-)Konstruktion kollektiver Identitäten und verortet die Vokabularanalyse zwischen den bestehenden Ansätzen der Diskursanalyse und der Begriffsgeschichte. Im dritten Abschnitt wird der Ansatz der Vokabularanalyse entfaltet und das Kernanliegen der empirischen Analyse beschrieben. Im vierten Abschnitt wird unter Rückgriff auf typische Verwendungsweisen der Gebrauch von sechs Schlüsselbegriffen des außenpolitischen Vokabulars beschrieben. Im abschließenden fünften Abschnitt diskutieren wir, warum die einzelnen Schlüsselbegriffe nicht isoliert voneinander, sondern als Teil eines zusammenhängenden und sich verändernden Vokabulars betrachtet werden sollten. Schließlich zeigen wir allgemeinere Implikationen der Vokabularanalyse im Kontext diskurstheoretischer Ansätze auf.

2. Zwischen Diskursanalyse und Begriffsgeschichte

Was im Folgenden als Vokabularanalyse vorgestellt wird, ist dem heterogenen Feld konstruktivistischer Forschungsarbeiten in den Internationalen Beziehungen (IB) zuzuordnen, in dem Untersuchungen zur Identität von kollektiven Akteuren (wie etwa Staaten) im letzten Jahrzehnt an Bedeutung gewonnen haben. Identitäten von Staaten – auch als „Rollen“ (Maull 1992; Kirste/Maull 1996) oder „politische Kultur“ (Duffield 1999) konzipiert – werden in sozialkonstruktivistischen Arbeiten als historisch gewachsene, kollektive Überzeugungssysteme begriffen, die in einem Wechselspiel aus Selbst- und Fremdzuschreibungen entstehen (Risse 2006; Maull 1992: 54-55; Kirste/Maull 1996: 285-293; Boekle et al. 1999). Identitäten werden dabei zumeist als relativ stabile Phänomene betrachtet, die sich nur in „ernsthaften Krisensituationen“ ändern (Risse 2001: 203; Legro 2005; zur Illustration vgl. Boeckle et al. 1999). Ein Nachteil dieses Verständnisses ist, dass Identitätswandel nur *post hoc* in den Blick gerät und dann auch zumeist als Reaktion auf ebensolche Großphänomene betrachtet wird. Der *Prozess* identitärer Veränderung selbst ist in diesem Verständnis weniger bedeutsam und daher zumeist auch kaum erforscht. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass sozialkonstruktivistische Studien zur deutschen Außenpolitik lange Zeit davon ausgingen, dass sich die in „Bonner“ Zeiten gewachsene und durch den Erfolg der deutschen Vereinigung bestätigte außenpolitische Identität kaum ändern und wenn, dann lediglich (marginal) anpassen werde (Maull 2006; Berger 1998; Duffield 1999: 779-793; Harnisch/Maull 2001; Risse 2004, 2006).

Eine mögliche Erklärung für die fehlende Sensibilität dieser Ansätze zum besseren Verständnis von Veränderungsprozessen in der (deutschen) Außenpolitik liegt darin, dass die konstitutive und performative Funktion der Sprache bei der (Re-)Konstruktion von Identitäten hier weitgehend ausgeblendet wird. Unter Rückgriff auf frühere, stärker an Wittgenstein angelehnte Arbeiten (Kratochwil 1989; Onuf 1989) wuchs in den letzten Jahren die Zahl der Veröffentlichungen, die die sprachliche Dimension von Akteurshandeln betonten. Diese Arbeiten gehen davon aus, dass sich gesellschaftliche Sinnkonstruktion in *öffentlichen* Diskursen vollzieht. Das Sprechen selbst rückt hier – als *Wirklichkeit erzeugendes* (Sprech-)Handeln – ins Zentrum (Milliken 1999b, 2001; Mattern 2003).

Trotz der Heterogenität diskurstheoretischer Ansätze (Wæver 2003; allgemein Keller 1997) lassen sich drei grundlegende Übereinstimmungen feststellen, die sie von jenen Ansätzen in den Internationalen Beziehungen abheben, in denen Sprache marginalisiert oder gänzlich ignoriert wird (vgl. Milliken 1999a: 225, 229-231): Erstens erwachsen Strukturen der *Signifikation* aus Diskursen, die soziale Realität erst erschaffen. Der materiellen Welt wohnt für sich genommen noch keine Bedeutung inne. Erst in der Form von – zumeist sprachlichen – Zeichensystemen wird den Dingen in der Welt Bedeutung verliehen. Zweitens werden in der *Produktion und Reproduktion* von Diskursen nicht nur Bedeutungen festgelegt, sondern gleichzeitig auch deren Nutzungsbedingungen kontrolliert. Durch Diskurse wird insofern nicht nur ein Zeichensystem zur Verfügung gestellt, mit dem Bedeutung geschaffen wird, sondern es werden auch die Bedingungen (wie etwa die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe) bestimmt, unter denen Bedeutungszuschreibungen und Sprechhandeln möglich werden. Drittens dienen Diskurse als *Legitimationsinstrument*, mit dem – etwa in einem dominierenden Diskurs – Bedeutung(en) nicht nur strukturiert und reproduziert, sondern auch zementiert und, daran angeschlossen, legitime soziale Praktiken dauerhaft etabliert werden. Ausgehend von diesen Auffassungen sind in den Internationalen Beziehungen Diskurse zumeist als Ganzes – wenn auch mit unterschiedlichsten Methoden – untersucht worden. Diese Fokussierung auf Diskurse als Makrophänomene hat unter anderem den Nachteil, dass *gradueller* Wandel auf der *Mikroebene* – etwa bestimmter Schlüsselbegriffe – selten überhaupt in den Blick genommen wird. In diesem Beitrag soll ein Vorschlag für einen solchen mikroanalytischen Ansatz entwickelt und empirisch illustriert werden.⁵

Aufgrund seiner Fokussierung auf den Wandel kleinerer sprachlicher Sinneinheiten scheint bei diesem Unterfangen der Rückgriff auf die maßgeblich von Reinhart Koselleck entwickelte *Begriffsgeschichte* eine Möglichkeit zu sein, die benannte Lücke zu schließen (Koselleck 1979, 2002, 2006). Dieses aus der Geschichtswissenschaft stammende Forschungsprogramm hebt hervor, dass die Bedeutung zentraler Begriffe untrennbar mit

5 Im Bereich der Korpuslinguistik gibt es vereinzelte Versuche einer methodisch reflektierten Erforschung der Bedeutung von Schlüsselbegriffen im außenpolitischen Diskurs (Teubert 2002), die durchaus Gemeinsamkeiten mit der hier vorgestellten Vokabularanalyse haben. So hat Naser Shrouf (2005) in einer umfangreichen empirischen Studie den Wortschatz in den Debatten des Deutschen Bundestags von 1949 bis 1998 untersucht. Ihm geht es darum, mit statistisch-quantitativen Verfahren Schlüsselwörter zu identifizieren und dann Unterschiede in ihrer Verwendung bei den Parteien im Bundestag festzustellen. Da er allerdings einem instrumentellen Sprachverständnis folgt und „Sprache als Mittel der Politik“ betrachtet (Shrouf 2005: 14-20), geht er kaum darauf ein, wie der von ihm untersuchte Wandel im politischen Sprachgebrauch mit der Veränderung kollektiver Bedeutungsstrukturen zusammenhängt.

den politischen und sozialen Erfahrungszusammenhängen verbunden ist, in denen sie gebraucht werden. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse und der Bedeutungswandel zentraler Begriffe gehen Hand in Hand. Ein Begriff ist in diesem Sinne „nicht nur Indikator der von ihm erfassten Zusammenhänge, er ist auch deren Faktor. Mit jedem Begriff werden bestimmte Horizonte, aber auch Grenzen möglicher Erfahrungen und denkbarer Theorien gesetzt“ (Koselleck 1979: 29). Koselleck und seine Kollegen haben sich darauf konzentriert, die jeweilige Bedeutung besonders zentraler „geschichtlicher Grundbegriffe“ in unterschiedlichen Epochen zu dokumentieren und dadurch gesellschaftliche Wandlungsprozesse nachvollziehbar zu machen.

Sowohl in der sprachphilosophischen Ausrichtung als auch in der Wahl der Analyseeinheit gibt es viele Gemeinsamkeiten zwischen Begriffsgeschichte und Vokabularanalyse. Es gibt allerdings auch zwei wesentliche Unterschiede. Zum einen richtet sich das Erkenntnisinteresse der Vokabularanalyse nicht (wie bei Koselleck) auf Veränderungen, die in Folge eines Übergangs von einer Epoche zu einer anderen stattfinden. Hier geht es vielmehr um graduelle Bedeutungsverschiebungen innerhalb kurzer Zeiträume, manchmal sogar weniger Jahre. Zum anderen, und weitaus wichtiger, betrachtet die Vokabularanalyse Schlüsselbegriffe nicht isoliert voneinander, sondern in ihrer Vernetzung (vgl. Busse 1987, 2003a; Ifversen 2003). Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass „nicht der einzelne Begriff (...), sondern das Ganze einer sich gegenseitig tragenden und stützenden Begrifflichkeit“ (Gadamer 1987: 90) für ein semantisches Feld bedeutungsstiftend wirkt.⁶

Das Argument für die Konzentration auf die *Vernetzung* von Begriffen gilt umso mehr, wenn umfassendere Bedeutungsstrukturen (kollektive Identitäten) in den Blick genommen werden sollen. Schließlich ergeben sich diese Sinnstrukturen gerade aus der Interpretation des *Zusammenspiels* von Begriffen. In der Fortschreibung der Begriffsgeschichte wird dies mittlerweile auch in Rechnung gestellt, argumentierte doch etwa Koselleck in seinen letzten Arbeiten, dass Begriffe „immer in Begriffsnetze eingespannt“ sind und daher auch die Trennung zwischen Diskursanalyse und Begriffsanalyse weit weniger scharf sei, als dies früher vielleicht gesehen wurde (Koselleck 2002: 43, 2006: 531-532). Ziel jeder Begriffsanalyse sollte es daher nicht nur sein, den Gebrauch einzelner Begriffe für sich zu analysieren, sondern die Erkenntnisse aus der Analyse einzelner Begriffe auch aufeinander zu beziehen und ihre semantischen Verknüpfungen zu interpretieren. Die im Folgenden skizzierte Vokabularanalyse will diesen beiden Dimensionen Rechnung tragen.

6 Vgl. die Ausführungen bei Busse (1987: 60-72), der u. a. anhand ausgewählter Beispiele aus den „Geschichtlichen Grundbegriffen“ aufzeigt, welche Konsequenzen die isolierte Betrachtung der Begriffe „Angestellter“, „Arbeit“, „Arbeiter“, „Bauer/Bauernstand/Bauerntum“ usw. im „diskursiven Feld ‚Arbeitswelt, Wirtschaft‘“ hat. Busse – selbst ein bedeutender Vertreter der historischen Semantik – kritisiert, dass die Begriffsgeschichte damit „eine Art Eisbergspitzen-Semantik“ betreibt, die „achtzig bis neunzig Prozent dessen, was als Wissen notwendig ist, um die Bedeutung eines Wortes im Kontext vollständig zu aktualisieren, unexpliziert lässt, ignoriert oder bestenfalls als selbstverständlich gegebenes Alltagswissen voraussetzt und damit als uninteressant (für weitere wissenschaftliche Betrachtung bzw. semantische Explikation) abtut“ (Busse 2003a: 21).

3. Vokabularanalyse

Unter „Vokabularanalyse“ verstehen wir einen diskurs- und begriffstheoretisch reflektierten Ansatz zur Analyse des Gebrauchs von und der Vernetzung zwischen zentralen Begriffen innerhalb eines semantischen Feldes.⁷ Als *Vokabular* gilt dabei eine zusammenhängende, „sich gegenseitig tragende und stützende Begrifflichkeit“ (Gadamer 1987: 90). Ein *Vokabular* ist eine kleinere sprachliche Einheit als die *Sprache* (im Sinne von „parole“), gleichzeitig aber auch eine größere als der *Satz* oder auch der *Begriff* (vgl. Rorty 1989: 5-8).⁸ Die Vokabularanalyse stellt insofern eine Bereicherung bisheriger sprachanalytischer Ansätze dar, als sie zum einen versucht, diese durch eine Konzentration auf die Mikroebene der Sinnkonstruktion für Prozesse graduellen Wandels zu sensibilisieren und auf diese Weise wichtige Nuancen zu erfassen, die den gängigen Diskursanalysen verborgen bleiben. Zum anderen versucht sie Schwächen der Begriffsgeschichte zu beheben, indem sie nicht bei der Rekonstruktion des Bedeutungswandels einzelner Begriffe stehen bleibt, sondern deren Vernetzung zu einem feldspezifischen Vokabular in den Blick nimmt. Die Vokabularanalyse basiert auf fünf sprachphilosophischen Prämissen:

1. *Sprachliches und nichtsprachliches Handeln sind unauflöslich miteinander verwoben.* Man kann zwar unter analytischen Gesichtspunkten sprachliches von nichtsprachlichem Handeln unterscheiden. Im alltäglichen Leben sind dies jedoch zwei Formen des Handelns, die fast immer gemeinsam ausgeführt werden und sich gegenseitig ergänzen. Dass Sprechen eine Form des Handelns ist, wird am Beispiel von offensichtlich performativen *Sprechakten*, wie etwa Kriegserklärungen, Taufen oder Hochzeiten, besonders deutlich (Austin 2002). Sprachliche Äußerungen sind aber auch in dem Sinne Handlungen, als sie unserer Umwelt erst jene Wirklichkeit (Bedeutung) verleihen, die wir ihr zuschreiben (Rorty 1989: 3-22). Sprache erzeugt insofern erst das Umfeld, in dem nicht-sprachliche Handlungen verstanden und interpretiert werden können.
2. *Gesellschaftliche Sinnkonstruktion ist ein sprachlicher Prozess, der sich in öffentlichen Diskursen vollzieht.* Kollektive Identitäten entwickeln sich in einer öffentlichen Auseinandersetzung. Die im Diskurs artikulierten und sich aufeinander beziehenden Behauptungen – etwa über die Vergangenheit oder die Ziele eines Staates – verdichten

7 Gemeinsamkeiten mit inhaltsanalytischen Verfahren bestehen nur in sehr begrenztem Maße. Während Letztere in aller Regel eine Vielzahl von Texten in ihrer Gesamtheit analysieren (vgl. Merten 1995: 19-23), richtet sich unser Blick auf Schlüsselbegriffe und jenes unmittelbare Begriffsumfeld, das notwendigerweise einzubeziehen ist, um den jeweiligen Gebrauch zu verstehen. Im Unterschied zur Anwendung quantitativer Methoden (etwa bei inhaltsanalytischen Ein- oder Mehrwortanalysen, vgl. Merten 1995: 107-109) konzentrieren wir uns auf die Interpretation des jeweiligen Gebrauchs. Nicht Quantifizierung und manifeste Inhalte, sondern *Bedeutung* sind für uns entscheidend (Mayring 2003: 25-26).

8 Busse (2003b: 2) spricht (wie der späte Koselleck) in diesem Zusammenhang von „Begriffnetzen“. Zu Wittgensteins Theorie der Bedeutung als Gebrauch im Allgemeinen und seiner Unterscheidung zwischen „Wort“ und „Begriff“ im Besonderen vgl. u. a. Wittgenstein (1984a: §§ 68-76, 96, 208, 385, 530-532) sowie Wittgenstein (1984a: 523-524, 537, 562, 578); ferner Wittgenstein (1984b: §§ 61-65).

- sich zu (inhaltlich) kohärenten Narrativen (z. B. über die weltpolitische Rolle eines Staates).
3. *Schlüsselwörter haben einen herausgehobenen Stellenwert in den Sprachspielen eines je spezifischen Diskurses. Sie bilden gemeinsam das Vokabular, mit dem die typischen Sprachspiele gespielt werden.* Schlüsselbegriffe sind Verdichtungspunkte von Bedeutungsstrukturen. So lassen sich etwa anhand von außenpolitischen Diskursen wesentliche Prozesse der kollektiven Selbstbeschreibung und Selbstverortung einer Gemeinschaft nachvollziehen. Diese abstrakte Annahme wird schnell greifbar, wenn man sich beispielsweise vor Augen führt, in welchem *spezifischen* Sinne die Begriffe „Verantwortung“, „Normalität“, „Sonderweg“ oder „Selbstbewusstsein“ im außenpolitischen Diskurs Deutschlands mit Bedeutung aufgeladen sind. Selbst wenn dieselben Begriffe ähnlich prominent auch in den außenpolitischen Diskursen anderer Staaten verwendet werden, so sind sie dort doch häufig anders konnotiert.
 4. *Die Schlüsselbegriffe eines Vokabulars stehen in einem inneren Zusammenhang; sie sind miteinander vernetzt. Veränderungen innerhalb eines Vokabulars betreffen daher zumeist auch alle wichtigen Schlüsselbegriffe.* So wie Menschen als Bündel von Überzeugungen und Wünschen gedacht werden können (Rorty 1993: 61-67), so können Sprachspiele als Bündel von Sätzen verstanden werden und Sätze wiederum als Verknüpfung von Begriffen. In allen Fällen jedoch ist eine stimmige Vernetzung zentral. Denn genauso wie eine „Überzeugung“ lediglich „einen Faden in einem umfassenderen Gewebe“ von Überzeugungen ausmacht (Rorty 1993: 66-67), so verbinden sich auch Begriffe und Sätze erst dann zu Sprachspielen, wenn sie sinnvoll miteinander verknüpft und untereinander stimmig sind, d. h., wenn sie demselben Vokabular angehören.
 5. *Vokabulare und die darauf aufbauenden Sprachspiele sind menschliche Erfindungen, Diskurse sind jedoch nur in Grenzen durch einzelne Sprechakte intentional steuerbar. Dies ändert nichts daran, dass sich Vokabulare und Sprachspiele über die Zeit ändern. Sie tun dies allerdings im Regelfall selten abrupt, sondern eher schleichend.* Eine neue Sichtweise der Welt, wie sie sich beispielsweise in der Ablösung des keplerischen Weltbildes durch das kopernikanische darstellt, geht notwendigerweise mit der Veränderung des entsprechenden Vokabulars einher (vgl. Rorty 1993: 68-70). Abgesehen von solchen raschen Weltbild-Verschiebungen, die neuen Entdeckungen geschuldet sind, verändern sich Vokabulare (wie auch Überzeugungen) allerdings eher allmählich. Regeln werden öfter *befolgt* als *gesetzt* – das ist eine der Implikationen der wittgensteinschen Feststellung, dass für einen Handelnden nicht das „Wissen“ einer Regel, sondern das „Beherrschen“ eines Spiels entscheidend sei (Wittgenstein 1984a: § 31; Busse 1987: 192-195). Sie werden (häufig unbewusst) als Teil eines bestimmten Sprachspiels einfach *nachgeahmt*. Die Erfindung eines neuen Vokabulars ist zwar immer möglich, realiter aber bestenfalls als ein zeitlich gestreckter Entwicklungsprozess zu begreifen. Die Nachahmung (und damit Verfestigung) eingeübter Sprachspiele ist demgegenüber der Regelfall.

Diese fünf Prämissen leiten die nachfolgende Analyse an. Sie folgt dabei der Auffassung, dass nicht die „Erklärung“, sondern die „Feststellung eines Sprachspiels“ (bzw. seine „Beschreibung“) entscheidend ist (Wittgenstein 1984a: §§ 655, 486). Allerdings lässt

sie sich bereits insofern in nicht unwesentlichen Teilen auf dieses Sprachspiel ein, als sie nicht problematisiert, *wie* Begriffe wie „Deutschland“, „Verantwortung“, „Selbstbewusstsein“ oder „Macht“ für den außenpolitischen Diskurs zentral wurden, d. h., warum etwa ein denkbares alternatives Vokabular (mit Schlüsselbegriffen wie „Weltgemeinschaft“, „Gerechtigkeit“ oder „Teilen“) weniger prägend ist.

Die Analyse des Gebrauchs ausgewählter Schlüsselbegriffe des außenpolitischen Diskurses in Deutschland im Zeitraum zwischen 1986 und 2002 steht im Folgenden im Mittelpunkt. Dieser Untersuchungszeitraum gewährleistet, dass mögliche Veränderungen der Sprechgewohnheiten, die u. U. mit bedeutsamen historischen Ereignissen (z. B. der Vereinigung Deutschlands oder dem Regierungswechsel 1998) einhergingen, in jedem Fall erfasst werden. Aus forschungspraktischen Gründen wurden nur Texte herangezogen, die in engem zeitlichen Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 1987, 1990, 1994, 1998 und 2002 standen. Dies geschah in der Erwartung, dass jene Jahre, in denen Bundestagswahlen stattfinden, Kristallisationspunkte einer genauso umfassenden wie grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung sind.⁹ Die Plenardebatten des Bundestags wurden als wichtigste Quelle gewählt, weil der prägende Diskurs in der Außenpolitik noch stärker als bei anderen Politikfeldern im Parlament geführt wird. Um die Materialfülle handhabbar zu halten, wurden die systematisch zu untersuchenden Debatten auf die Haushaltsdebatten im unmittelbaren zeitlichen Umfeld der Bundestagswahlen und diese wiederum auf die außenpolitisch relevanten Teile beschränkt. Dem lag die Einschätzung zugrunde, dass Haushaltsdebatten traditionell als Generaldebatte verstanden und daher von allen Rednern grundsätzlichere Überlegungen in die Diskussion eingebracht werden.¹⁰ Ergänzend wurden die Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien, Reden des deutschen Außenministers vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen¹¹ sowie Zeitungskommentare der überregionalen Tageszeitungen FAZ und taz einbezogen.

Nach Sichtung des Materials wurden die folgenden Begriffe ausgewählt: Deutschland, Europa, Frieden, Gleichberechtigung, Integration, Interessen, Intervention, Macht, Multilateralismus, Normalität, Selbstbewusstsein, Sonderweg, Stolz, Verantwortung und Zivilität. In den genannten Quellen wurden sodann sämtliche Fundstellen dieser Begriffe (manchmal mehrere Hundert, mindestens aber 20) ausfindig gemacht und tabellarisch aufbereitet. Die Fundstellen wurden des Weiteren daraufhin ausgewertet, was sie hinsichtlich der Bedeutung des jeweiligen Begriffs im außenpolitischen Sprachspiel aussagen. Dieser Prozess der Aufbereitung und Auswertung des Quellenmaterials wurde von dreißig Studierenden eines zweisemestrigen Forschungsseminars an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main geleistet. Die in diesem Beitrag präsentierten exemplarischen Analysen zu sechs Schlüsselbegriffen basieren wesentlich auf der

9 Da die ersten hier zur Debatte stehenden Bundestagswahlen bereits am 25. Januar 1987 stattfanden, wurden für diese Wahlen weitgehend Materialien aus dem vorangehenden Jahr 1986 herangezogen.

10 Ausgewählt wurden die Haushaltsdebatten aus dem Herbst 1986, dem Frühjahr 1991, Dezember 1994 und März 1995, Frühjahr 1999 sowie Herbst 2002.

11 Die Einbeziehung dieser Reden basiert auf der Einschätzung, dass sich in der Form jährlich wiederkehrender Reden desselben Amtsträgers vor diesem entscheidenden Gremium der Welt politik ein gutes Abbild deutscher Außenpolitik über Zeit erstellen ließe.

Sammlung und interpretativen Auswertung der Fundstellen zu jeweils einem Schlüsselbegriff in den Seminararbeiten der Kursteilnehmer und -teilnehmerinnen.¹²

Da die Beschreibung außenpolitischer Sprachspiele bei der Rekonstruktion der Schlüsselbegriffe im Mittelpunkt steht, wird so oft wie möglich mit teils kürzeren, teils längeren Zitaten gearbeitet, um den Gebrauch über Zeit aufzuzeigen. Denn was ein Begriff bedeutet, hängt davon ab, in welchem Umfeld er steht und in welchem inhaltlichen Zusammenhang er verwendet wird. Bereits bei der Rekonstruktion jedes einzelnen Begriffs wird deutlich, wie sehr dieser mit anderen Schlüsselbegriffen vernetzt ist. Auf die Vernetzungsdimension wird jedoch primär im abschließenden Abschnitt eingegangen. Dabei interessieren uns vor allem graduelle Veränderungen von Bedeutungsstrukturen, also die Frage, wie sich das außenpolitische Vokabular über die Zeit entwickelt hat und welche Rückschlüsse sich daraus im Hinblick auf eine veränderte außenpolitische Identität Deutschlands ergeben.

4. Fallstudien zum sich ändernden außenpolitischen Vokabular Deutschlands

Im Folgenden soll die Untersuchung von sechs exemplarisch ausgewählten Begriffen unseren Ansatz demonstrieren. Um verschiedene Schichten des außenpolitischen Sprachgebrauchs zu erfassen, wurden jeweils Begriffspaare gewählt, die sich in drei Typen unterscheiden lassen: Mit *Wir-Begriffen* (Wæver 2005: 33) wie „Deutschland“ und „Europa“ werden grundlegende Fragen der Identität angesprochen. *Politische Begriffe* wie „Macht“ und „Verantwortung“ finden vor allem in Sprachspielen Verwendung, in deren Mittelpunkt die Frage steht, welche Politik richtig oder notwendig ist bzw. wie sich eine bestimmte Politik überhaupt charakterisieren lässt. Beide sind im Vergleich zu den *Wir-Begriffen* bzw. den im Folgenden diskutierten *Attributen* stärker normativ aufgeladen und werden daher häufig zur Bewertung, zur Legitimierung oder zur Diskreditierung politischen Handelns eingesetzt. Bei den *Attributen* „Selbstbewusstsein“ und „Stolz“, die am stärksten in den alltäglichen Sprachgebrauch einzuordnen sind, handelt es sich um (Selbst-)Zuschreibungen, in denen eine (zumeist positiv konnotierte) Haltung zum Ausdruck gebracht wird.

4.1 Wir-Begriffe: Deutschland und Europa

4.1.1 Deutschland¹³

„Deutschland“ ist ein wichtiger Schlüsselbegriff, da in den ihn begleitenden Zuschreibungen typische Charakterisierungen zur Position des Landes, zu seinen Aufgaben in

¹² Dabei greifen wir in unserem Beitrag v. a. auf die Vorarbeiten der Seminarteilnehmer Rebecca Agricola, Daniel Weitoll, Joel Fourier, Jan Olaf Hess, Sebastian Kessler, Christian Weber, Oliver Kleppel und Ursula Stark Urrestarazu zurück. An der Lehrveranstaltung teilgenommen haben ferner Tobias Betz, Kristin Bode, Knut Büttner, Jacob Fuß, Lisa von Holt, Erhard Matern, Sandra Michels Gonzales, Guido Rosemann, Bouchra Sakali, Johann Schewe, Maik Sommerlad und Frank Walzel.

¹³ Dieser Abschnitt baut auf Vorarbeiten von Rebecca Agricola und Daniel Weitoll auf.

der Welt und zu den Konsequenzen der deutschen Geschichte zum Ausdruck kommen. Vor der Vereinigung hatte der Begriff „Deutschland“ eine spezifische politische Funktion: Wenn Politiker von „Deutschland“ sprachen, verwiesen sie damit zumeist nicht auf die Bundesrepublik, sondern auf das gesamte Gebiet der beiden deutschen Staaten. Die Verwendung des Begriffs hatte die Funktion, die Trennung in zwei Teilstaaten als inakzeptabel darzustellen und die Einheit eines (gesamt-)deutschen Volkes zu beschwören. Seit 1990 wird „Deutschland“ als Kürzel des offiziellen Staatsnamens Bundesrepublik Deutschland verwendet – und hat damit die frühere Komponente einer (außen-)politischen Forderung verloren.

Bei der Betrachtung über Zeit ist für die Phase bis 1990 auffällig, wie sehr der westliche Teil Deutschlands in den Reden der Abgeordneten als eng und emotional mit Westeuropa und dessen Werten verbunden beschrieben wurde. Häufig wurde die „Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens“¹⁴ hervorgehoben. Bei der Beschreibung der Bundesrepublik als Teil des nordatlantisch-westeuropäischen Bündnissystems stand die europäische Einigung als selbstverständliches Handlungsziel deutscher Außenpolitik im Vordergrund. So reklamierte etwa der damalige Außenminister Genscher, man habe „die Konsequenzen aus der deutschen Geschichte gezogen“ und „als ein Volk, das im Herzen Europas lebt“, gelernt, „daß unsere Position ganz klar sein muß, daß wir beitragen müssen zur europäischen Einigung“¹⁵. „Deutschland“ und das Projekt der europäischen Einigung waren also auf das Engste verknüpft.

Doch nicht nur die deutsche Geschichte und die feste Verankerung in Europa, sondern auch die wachsende Bedeutung des Landes spiegelte sich in der gängigen Verwendung wider: Die Formulierung Helmut Kohls bereits aus dem Jahr 1986, dass „Deutschland“ „in der Welt an Gewicht gewonnen“ habe und aufgrund dieses Gewichts „vermehrt Verantwortung“¹⁶ übernehmen müsse, wurde von zahlreichen Abgeordneten aller Parteien im Laufe der Jahre (mit Variationen) übernommen und damit zum Kernbestandteil des Selbstbeschreibungsvokabulars. Ein Jahr nach dem Mauerfall war allerdings noch unklar, „welche neue Rolle das vereinte Deutschland eigentlich spielen soll“¹⁷. Für einige nahm Deutschland nunmehr „seinen Platz in der Welt wieder ein“¹⁸. Dabei ging es insbesondere um die „zentralstrategische Lage“¹⁹ in der Mitte Europas. Zudem äußerten sich die Folgen des weltpolitischen Umbruchs alsbald in der Charakterisierung Deutschlands als eigenständig handelnder Akteur, der nach wie vor „nicht

14 Wahlprogramm der CDU von 1986, S. 5.

15 Hans-Dietrich Genscher (FDP), 10. September 1986, Plenarprotokolle, 10/228, S. 17729.

16 Vgl. Helmut Kohl (CDU), 26. November 1986, Plenarprotokolle, 10/249, S. 19314; vgl. auch Hans-Dietrich Genscher (FDP), 20. September 1990, Plenarprotokolle, 11/226, S. 17804: „Das vereinigte Deutschland wird größeres Gewicht haben. Wir wissen, daß sich die Völker Europas die Frage stellen, wie wir Deutschen dieses größere Gewicht nutzen werden.“

17 Oskar Lafontaine (SPD), 20. September 1990, Plenarprotokolle, 11/226, S. 19335.

18 Klaus Genrich, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. September 1990, S. 1. Vgl. auch Richard von Weizsäcker, 3. Oktober 1990, Ansprache des Bundespräsidenten beim Staatsakt zum Tag der deutschen Einheit in Berlin, abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Oktober 1990, S. 5: „Wir haben jetzt einen Staat, den wir selbst nicht mehr als provisorisch ansehen und dessen Integrität und Identität von unseren Nachbarn nicht mehr bestritten wird. Am heutigen Tag findet die vereinte deutsche Nation ihren anerkannten Platz in Europa.“

19 Walter Kolbow (SPD), 13. März 1991, Plenarprotokolle, 12/14, S. 875.

nur die Konjunkturlokomotive in Europa“ und „zusammen mit Frankreich unbestritten auch einer der Hauptarchitekten der europäischen Einigung“²⁰ sei, sondern dessen Horizont sich bereits Mitte der 1990er Jahre deutlich über Europa hinaus ausgeweitet hatte. „Deutschland in der Mitte Europas“ war nunmehr ein „souveränes Land mit 80 Millionen Einwohnern und einer erheblichen Wirtschaftskraft“, das „sicherheitspolitisch mehr Verantwortung für die Welt übernehmen und auch bereit sein muss, das Instrument Bundeswehr dabei einzusetzen“²¹. Zwar wehrten sich zu Beginn der 1990er Jahre die Grünen noch gegen den Gebrauch des Begriffs „Verantwortung“ im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr, und auch die PDS befürchtete, dass „Außenpolitik (...) zur Militärpolitik verkommt“²². Für die meisten Politiker jedoch wurden Bundeswehreinmärsche gleichsam zum Symbol des Neuen. Selbst wenn in den 1990er Jahren umstritten war, mit welchen Instrumenten sich Deutschland international profilieren sollte, spiegelt sich im Sprachgebrauch quer durch alle Parteien ein geschärftes Bewusstsein für die gewachsene Bedeutung des eigenen Landes. Deutschland war ein „starkes Land“²³, eine „Mittelmacht im besten Sinne des Wortes“²⁴. Sogar von einer „deutschen Schlüsselrolle“²⁵ war die Rede.

Die früher hervorgehobene „Schicksalsverbundenheit“ zwischen Deutschland und Europa tauchte indes kaum noch auf. Kalkül verdrängte das europapolitische Pathos früherer Jahre. „Deutsche Interessen“²⁶ wurden immer häufiger in den Mittelpunkt gerückt – zumeist, indem suggeriert wurde, eine vermeintliche Politik des Interessesverzichts früherer Zeiten müsse beendet werden. Eine prägnante Neubeschreibung des Verhältnisses deutscher und europäischer Interessen fand sich beim frisch gewählten Bundeskanzler Schröder:

„Dagegen halte ich es für richtig, den Partnern in Europa verständlich zu machen, daß auch die Deutschen ein Recht auf die Vertretung ihrer Interessen haben. (...) Inhalt meiner Politik ist es, klarzumachen, daß die Deutschen selbstbewußt ihre Interessen vertreten, (...) dabei aber immer wissen (...), daß in einem einheitlichen Europa die eigenen Interessen nur im Respekt vor den Interessen der anderen durchgesetzt werden können.“²⁷

Im Elitendiskurs gehört es heute zwar nach wie vor zum außenpolitischen Selbstverständnis, dass „Deutschland seinen Beitrag in einem zusammenwachsenden Europa“²⁸ leisten müsse. Als Legitimationsfundament deutscher Außenpolitik scheint Europa aber nicht mehr wie früher gebraucht zu werden. Zwölf Jahre nach der deutschen Einheit wurde der Selbstfindungsprozess von einigen Politikern auch explizit als abgeschlossen angesehen.

20 Klaus Kinkel (FDP), 15. Dezember 1994, Plenarprotokolle, 13/9, S. 398 (beide Zitate).

21 Paul Breuer (CDU), 30. März 1995, Plenarprotokolle, 13/31, S. 2409.

22 Gregor Gysi (PDS), 15. Dezember 1994, Plenarprotokolle, 13/9, S. 415.

23 Wahlprogramm der SPD von 1999, S. 9.

24 Georg Paul Hefty, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. März 1998, S. 1.

25 Wolfgang Gerhardt (FDP), 5. Mai 1999, Plenarprotokolle, 14/38, S. 3083.

26 Günther Verheugen (SPD), 3. September 1998, Plenarprotokolle, 13/247, S. 23098.

27 Gerhard Schröder (SPD), 24. Februar 1999, Plenarprotokolle, 14/21, S. 1525.

28 Joseph Fischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 29. Oktober 2002, Plenarprotokolle, 15/4, S. 97.

„Jetzt“, so urteilte Franz Müntefering im Jahr 2002, sei „Deutschland ein normales Land in Europa mit Rechten und Pflichten und in der Verantwortung, seinen Beitrag für das Gelingen Europas zu leisten“²⁹. Der „Beitrag“ zum Gelingen Europas gilt inzwischen aber nur noch als eines von mehreren wichtigen Handlungsfeldern deutscher Außenpolitik. Demgegenüber erscheint Deutschland immer mehr als ein Land, an das von zahlreichen anderen Ländern „legitime Erwartungen“ herangetragen werden, die es zu erfüllen gelte. Dieser Rollenzuschreibung folgen zumeist entsprechende Zusicherungen, in denen sich die Redner „ausdrücklich zur Verantwortung Deutschlands in der Welt“³⁰ bekennen. Wenn es um die Konkretisierung dieser „Verantwortung“ geht, wird allerdings nicht auf die (in den 1990er Jahren ständig sinkenden) Ausgaben für Entwicklungshilfe, sondern vor allem auf Auslandseinsätze der Bundeswehr weit über Europa hinaus verwiesen. Mit unverkennbarer Genugtuung und Stolz wird darauf verwiesen, dass Deutschland „noch nie so viele internationale Verpflichtungen“³¹ übernommen habe und „der größte Truppensteller“³² in internationalen Einsätzen sei. Die Einsatzerweiterung der Bundeswehr avancierte selbst bei den Grünen zum Bestandteil des neuen außenpolitischen Selbstverständnisses. Die Einsätze im Kosovo oder in Mazedonien, die der Partei eine Zerreißprobe beschert hatten, mehrten sogar nach den Worten Joschka Fischers letztendlich „Deutschlands Ansehen in der Welt“³³.

Zusammenfassend lässt sich über den Gebrauch des Begriffs „Deutschland“ festhalten, dass er zunehmend zur Selbstbeschreibung eines Akteurs verwendet wird, der im Dienste des Friedens bereit ist, seine Soldaten weit über die Grenzen Europas hinaus zu entsenden. Der zuvor zentrale Referenzpunkt zur Beschreibung des identitären Kerns dieses Akteurs (Europa) wird dabei zunehmend verdrängt. Die zuvor in mancherlei Hinsicht geradezu symbiotische Verbindung Deutschlands und Europas wird unter („nationalen“) „Interessen“-Gesichtspunkten immer mehr rationalisiert. Zwar wird dadurch die grundsätzliche Befürwortung des Projekts der europäischen Integration nicht infrage gestellt, jedoch die Eigenständigkeit des vereinten Deutschland als neue „Normalität“ in den Mittelpunkt gerückt.

4.1.2 *Europa*³⁴

Wenn im außenpolitischen Sprachgebrauch von „Europa“ die Rede ist, wird damit seltener der Kontinent als die EG bzw. die EU benannt. Wie dieses politische Europa verstanden und gedeutet wird, lässt sich wie beim Begriff „Deutschland“ vor allem an den Kollokationen des Begriffsumfelds ablesen. Bis zur Vereinigung waren die deutsche und die europäische Zukunft aufs Engste verknüpft. Die „Teilung Europas“ sollte „schrittweise überwunden, überbrückt oder überwölbt werden“, sodass „ganz natürlich auch

29 Franz Müntefering (SPD), 29. Oktober 2002, Plenarprotokolle, 15/4, S. 74.

30 Michael Glos (CSU), 4. Dezember 2002, Plenarprotokolle, 15/13, S. 873.

31 Gernot Erler (SPD), 4. Dezember 2002, Plenarprotokolle, 15/13, S. 930.

32 Gerhard Schröder (SPD), 29. Oktober 2002, Plenarprotokolle, 15/4, S. 57.

33 Joseph Fischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 13. September 2002, Plenarprotokolle, 14/253, S. 25593.

34 Dieser Teil baut auf Vorarbeiten von Joel Fourier und Jan Olaf Hess auf.

die Deutschen auf beiden Seiten unter jenem gemeinsamen Dach leben können“.³⁵ Auch als die Teilung Europas überwunden war, wurden deutsche und europäische Interessen weiterhin als deckungsgleich beschrieben, wie etwa von Richard von Weizsäcker am 3. Oktober 1990 beim Staatsakt zum Tag der deutschen Einheit:

„Wir Deutschen werden unseren Interessen am besten dienen und Sorgen unserer Partner am ehesten zerstreuen, wenn wir uns in der Stärkung der [Europäischen] Gemeinschaft von niemandem übertreffen lassen und wenn wir ohne jede Verzögerung auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur politischen Union weitergehen, so wie wir es zugesagt haben.“³⁶

Das Ende der Blockkonfrontation wurde als Chance für eine „bessere europäische Zukunft“ verstanden. Bereits seit den 1980er Jahren wurde der europäischen Integration aber nicht nur eine Binnen-, sondern auch eine Außenperspektive zugeschrieben. Europa wurde als eigenständiger Akteur betrachtet, der seine Rolle vor allem in Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten gewinnen müsse – gerade in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Selbst überzeugte „Atlantiker“ wie Bundeskanzler Kohl verwiesen darauf, dass der „europäische Pfeiler im Bündnis“ durch „ein stärkeres Bewusstsein für eine gemeinsame europäische Interessenlage in der Welt“³⁷ gestärkt werden müsse. Politiker der SPD, wie beispielsweise Horst Ehmke, wünschten sich sogar „ein selbstbewußtes Europa, das seine Interessen im Bündnis mit Nachdruck zur Geltung bringt“³⁸.

Wie im Falle des Schlüsselbegriffs „Deutschland“ wurden eindeutige Stellungnahmen zugunsten einer Koppelung der Zukunft Europas und Deutschlands ab Mitte der 1990er Jahre seltener. So wurde im Blick auf die Spannungen zwischen der Erweiterung und der Vertiefung der europäischen Institutionen in zugespitzten „Entweder-oder-Szenarien“ eine eher düstere Zukunft für Europa gezeichnet: Die EU stehe „vor einem Scheideweg. Entweder gewinnt dieser Raum auch an politischer Statur, oder wir laufen Gefahr, das bisher Erreichte wieder zu verspielen“³⁹. Speziell im Bereich der Sicherheitspolitik wurden Defizite beklagt. Ein instrumentelles Verständnis der EU als Vehikel der Emanzipation von und zur Interessenvertretung gegenüber den USA, das bereits Mitte der 1980er Jahre aufkam, gewann in den 1990er Jahren zunehmend an Bedeutung. Außenminister Kinkel konstatierte 1995:

„Europa steht vor der Wahl: Entweder organisiert es seine Außen- und Sicherheitspolitik so, daß es in seinem Haus Ordnung schaffen und seine globalen Interessen wahren kann, oder es werden andere für Europa und über Europa hinweg Politik

35 Helmut Schmidt (SPD), 10. September 1986, Plenarprotokolle, 10/228, S. 17676 (beide Zitate).

36 Richard von Weizsäcker, 3. Oktober 1990, Ansprache des Bundespräsidenten beim Staatsakt zum Tag der deutschen Einheit in Berlin, abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Oktober 1990, S. 5.

37 Helmut Kohl (CDU), 10. September 1986, Plenarprotokolle, 10/228, S. 17695 (beide Zitate).

38 Horst Ehmke (SPD), 10. September 1986, Plenarprotokolle, 10/228, S. 17718.

39 Klaus Kinkel (FDP), 30. März 1995, Plenarprotokolle, 13/9, S. 2381.

machen. Wir können, wenn es darauf ankommt, auch nicht immer die USA um Hilfe bitten. Deshalb braucht die Union auch einen Verteidigungsarm.“⁴⁰

Die Rufe nach der außenpolitischen Handlungsfähigkeit Europas wurden gegen Ende der 1990er Jahre noch lauter: Man brauche „endlich Gemeinsamkeit. Europa muß auf diesem Felde einig und handlungsfähig sein“⁴¹. Ebenfalls deutlicher als noch vier Jahre zuvor wurde hervorgehoben, dass Europa „ein ebenbürtiger Partner der USA“ werden und „endlich den europäischen Pfeiler der NATO schaffen“⁴² müsse. Dass Europa 1998 vor allem unter diesem Gesichtspunkt beschrieben wurde, ist nicht zuletzt der amerikanischen Dominanz während des Kosovo-Kriegs geschuldet. „Gerade bei diesen Krisen“ erlebten nicht nur die Deutschen, „wie schwach Europa“ sei. Man müsse daher „alles tun, damit die Europäer schneller zusammenfinden, damit sie enger zusammenfinden, damit das europäische Gewicht auch in der Friedens- und Sicherheitspolitik endlich zum Tragen“⁴³ komme.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Europa mehr als zehn Jahre nach dem Mauerfall im außenpolitischen Diskurs Deutschlands nicht mehr als großes Friedensprojekt ehemaliger Erbfeinde, sondern ganz pragmatisch als eine Institution beschrieben wird, die „fit“ gemacht werden müsse „für die großen Aufgaben, die vor uns liegen“⁴⁴. Die europäische Einigung gilt immer weniger als Ziel an sich. In den Vordergrund tritt vielmehr ein instrumentelles Verständnis, das in der EU das unausweichliche Mittel zur Durchsetzung übergeordneter, letztlich aber nicht allein realisierbarer nationaler Ziele sieht.

4.2 Politische Begriffe: Macht und Verantwortung

4.2.1 *Macht*⁴⁵

Gegenüber allen anderen untersuchten Begriffen weist der Machtbegriff zwei wesentliche Unterschiede auf: Er wird in den analysierten Debatten – trotz seiner v. a. historisch begründeten zentralen Stellung im (außen-)politischen Diskurs – nur sehr selten verwendet und er bleibt – bis auf einen sich 2002 andeutenden Wandel – aufgrund der Assoziationen mit deutscher Großmachtspolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchweg negativ konnotiert. Im außenpolitischen Diskurs Deutschlands scheint sich ein Verständnis von „Macht“ verfestigt zu haben, das Machtstreben als ein irrationales, gegen andere Akteure der internationalen Politik gerichtetes Verhalten begreift. Wegen dieser mitschwingenden Bedeutungen wird der Begriff meist weiter konkretisiert. So werden Staaten als „Mittel-“ oder „Großmächte“ eingeordnet, wird jeglicher „Großmachtspolitik“ eine „Absage erteilt“ oder Deutschland als „Zivilmacht“ gepriesen. Mit diesen Beispielen

40 Klaus Kinkel (FDP), 30. März 1995, Plenarprotokolle, 13/9, S. 2381.

41 Karl Lamers (CDU), 23. Februar 1999, Plenarprotokolle, 14/21, S. 1537.

42 Andreas Schockenhoff (CDU), 5. Mai 1999, Plenarprotokolle, 14/38, S. 3145 (beide Zitate).

43 Joseph Fischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 23. Februar 1999, Plenarprotokolle, 14/21, S. 1536 (alle Zitate).

44 Friedbert Pflüger (CDU), 24. Februar 1999, Plenarprotokolle, 14/20, S. 1545.

45 Dieser Teil baut auf Vorarbeiten von Ursula Stark Urrestarazu auf.

sind allerdings bereits die wenigen Fälle benannt, in denen der Machtbegriff mit direktem Bezug auf Deutschland im ausgewählten Datenmaterial auftaucht.

1986 wurde meist die Begrenztheit eigener Macht thematisiert: Die Bundesrepublik als „Mittelmacht ohne atomare Bewaffnung“ sei auf „eine intakte Allianz mit den westeuropäischen und den nordamerikanischen Demokratien einschließlich der Weltmacht USA“ angewiesen, um „die geographische Nähe der Sowjetunion“⁴⁶ ausbalancieren zu können. Nachdem sich diese (die eigene Macht) beschränkende Situation mit der Vereinigung gewandelt hatte, rückte die Beschwichtigung ausländischer Partner und Skeptiker in den eigenen Reihen in den Mittelpunkt: Die Unterschiede der Politik des vereinten Deutschlands zum früheren deutschen Großmachtstreben betonte etwa Karsten Voigt (SPD):

„(...) außerhalb von Deutschland, fürchten viele doch viel mehr, als sie laut sagen, dass wir unsere neue Macht mißbrauchen könnten (...). Wir sollten diese Sorgen in diesem Zeitpunkt nicht übersehen und (...) gerade jetzt bekräftigen, daß Deutschland nicht eine Rolle als Nationalstaat im Sinne des 19. Jahrhunderts anstrebt.“⁴⁷

Dieses Zitat ist schon allein deshalb bemerkenswert, weil es zu den wenigen gehört, in denen offen eingestanden wird, dass Deutschland tatsächlich ein mächtiger Staat sei, d. h. tatsächlich Macht *besitzt*. Für die meisten ergab sich dies als Folge weggefallener Abhängigkeiten: Zwar sah man „[d]ie neu gewonnene Handlungsfreiheit des vereinten Deutschlands“, aber gerade weil die hiermit zusammenhängenden Assoziationen der Partner allzu präsent waren, versicherte man, die neue Unabhängigkeit „ganz gewiß nicht zu neuer Machtpolitik“ nutzen zu wollen, sondern „unser Gewicht für ein größeres europäisches Engagement in der EG und für das ganze Europa“⁴⁸ einzusetzen. Mit dem Ausbleiben radikaler Umschwünge in der deutschen Außenpolitik direkt nach der Vereinigung verschwand der Machtbegriff im Laufe der 1990er Jahre beinahe völlig. Einzig die PDS warf vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl von Auslandseinsätzen der Regierung Kohl vor, ihre Politik lasse „einen klaren Trend zu militärisch abgesicherter Großmachtspolitik erkennen“⁴⁹. Die Grünen griffen dies auf, indem sie eine klare Beschränkung militärischer Macht für die „Zivilmacht Europa“ forderten – diese müsse „zugleich Vorreiter für Rüstungskontrolle und Abrüstung werden und vorrangig ihre Fähigkeiten zur nichtmilitärischen Krisenbewältigung ausbauen“.⁵⁰ In diesem Gebrauch zeigt sich die für den deutschen Diskurs charakteristische Verschiebung des traditionellen Verständnisses von Macht besonders gut: Durch die Kombination von „Zivilität“ und „Macht“ wurde der Machtbegriff Teil einer positiven Selbstbeschreibung. Damit wurde erstmals auch unterstellt, dass machtbewusstes Verhalten nicht notwendigerweise in gewalttätige Großmachtspolitik münden müsse.⁵¹

46 Alfred Dregger (CDU), 26. November 1986, Plenarprotokolle, 10/249, S. 19330D (alle Zitate).

47 Karsten Voigt (SPD), 20. September 1990, Plenarprotokolle, 11/226, S. 17831D.

48 Hans-Dietrich Genscher (FDP), 13. März 1991, Plenarprotokolle 12/14, S. 793D (alle Zitate).

49 Heinrich Graf von Einsiedel (PDS), 30. März 1995, Plenarprotokolle, 13/31, S. 2412.

50 Wahlprogramm der Grünen von 2002 (alle Zitate).

51 Dass diese Verwendung fortgeschrieben wird, zeigte besonders deutlich die Wahlwerbung der SPD unter Gerhard Schröder im Europawahlkampf 2004, deren Plakate eine „Friedensmacht Europa“ beschworen.

Die Vermeidung des Machtbegriffs bedeutete jedoch nicht, dass das damit Gemeinte nicht in anderer Weise artikuliert worden wäre. In den Parlamentsdebatten fanden nach der Vereinigung Ersatzbegriffe wie „Einfluss“ oder „Gewicht“ häufig Verwendung. Dass es sich dabei tatsächlich um Synonyme handelte, belegen die klassischen Attribute, mit denen „Einfluss“ und „Gewicht“, ebenso wie Macht, bemessen wurden: Bevölkerungsreichtum, Wirtschaftskraft sowie eine geostrategisch bedeutsame Lage. „Einfluss“ und „Gewicht“ (und in Teilen auch „Verantwortung“, s. u.) eigneten sich als Ersatz, weil sie im Gegensatz zu Macht positiv besetzt waren und sind. Seinen Einfluss zu wahren oder sein Gewicht auf internationaler Bühne „in die Waagschale [zu] legen“⁵² gilt als ebenso legitim, wie es nicht verwerflich ist, in Deutschland „eines der einflussreichsten Länder in der westlichen Welt“ zu sehen. Nicht nur für Helmut Kohl war dies sogar ein Anlass, „stolz [zu] sein“⁵³. Unter seiner Regierung blieben die Forderungen nach einer Mehrung des deutschen Einflusses jedoch auf die Entwicklungszusammenarbeit und die Vereinten Nationen bezogen. Das stärkere „Gewicht“ Deutschlands bei Militäreinsätzen im Allgemeinen und innerhalb der NATO sowie dem UN-Sicherheitsrat im Besonderen rückte erst unter Gerhard Schröder ins Zentrum der Debatte.

Zusammenfassend kann im Blick auf das semantische (Um-)Feld des Machtbegriffs also allenfalls der Beginn einer Umdeutung konstatiert werden. Unübersehbar ist, dass der Kern des Begriffs bis heute eindeutig negativ besetzt bleibt. Lediglich im Zivilmacht-Begriff scheint eine akzeptable Verwendung des Machtbegriffs auf. Im Gegensatz dazu werden synonyme Begriffe wie „Einfluss“ oder „Gewicht“ schon seit Längerem und über alle Parteigrenzen hinweg gebraucht.

4.2.2 Verantwortung⁵⁴

„Das vereinte Deutschland wird größeres Gewicht haben. Mit diesem größeren Gewicht streben wir nicht nach mehr Macht, wohl aber sind wir uns der größeren Verantwortung bewusst, die daraus erwächst. Wir werden diese Verantwortung in Europa und in der Welt annehmen.“⁵⁵

Dieses Zitat Genschers aus dem Jahr der Vereinigung verdeutlicht, wie eng die Begriffe „Macht“ und „Verantwortung“ im außenpolitischen Diskurs Deutschlands vernetzt sind und wie unterschiedlich sie doch verstanden werden. Verglichen mit dem der Macht wird der Begriff der Verantwortung viel häufiger und durchgehend positiv verwendet. Gute Politik ist gleichbedeutend mit verantwortungsbewusstem Handeln, beide bilden gleichsam den Gegenpol zu rücksichtsloser Machtpolitik. Zwar kommt dem Begriff der Verantwortung im

52 Hans-Dietrich Genscher (FDP), 26. September 1990, Rede vor der UN-Generalversammlung, in: Vereinte Nationen 6/1990, S. 211-214.

53 Helmut Kohl (CDU), 3. September 1998, Plenarprotokolle, 13/247, S. 23053.

54 Dieser Teil baut auf Vorarbeiten von Oliver Kleppel auf. Eine deutlich umfangreichere und methodisch anders ansetzende, aber zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommende Untersuchung des Verantwortungsbegriffs findet sich in der Dissertation von Rainer Baumann (2006: 151-160).

55 Hans-Dietrich Genscher (FDP), 26. September 1990, Rede vor der UN-Generalversammlung, in: Vereinte Nationen 6/1990, S. 211-214.

außenpolitischen Diskurs Deutschlands eine zentrale Bedeutung zu, doch wird selten explizit thematisiert, *woraus* sich die immer wieder reklamierte „gewachsene“ Verantwortung Deutschlands ergibt, *wer* ein dieser gewachsenen Verantwortung entsprechendes außenpolitisches Handeln von Deutschland fordert und *wofür* die Deutschen mehr Verantwortung übernehmen sollen. Die auf diese Fragen seit den 1980er Jahren (implizit) gegebenen Antworten verdeutlichen, wie sehr sich wichtige Koordinaten des außenpolitischen Diskurses verändert haben. 1986 wurde der Begriff noch einheitlich, nämlich im Zusammenhang mit der deutschen Geschichte, gebraucht. Deutschland galt als schwieriges Vaterland, dem seine Geschichte „nie allein gehört“ hatte und dem daher auch eine „besondere Verantwortung, Behutsamkeit und Stetigkeit“⁵⁶ abverlangt wurde. Dies implizierte sowohl die Bereitschaft zur intensiven Auseinandersetzung mit der Terrorherrschaft des nationalsozialistischen Regimes als auch mit den sich daraus ergebenden außenpolitischen Konsequenzen. Die „Besinnung auf Geschichte und Verantwortung, nicht nationalistischer Überschwang“⁵⁷ bestimmten in der Selbstbeschreibung der Deutschen auch die Gefühle um den Zeitpunkt der Vereinigung, wobei eine starke Unterscheidung zwischen militärischen und nicht-militärischen Mitteln getroffen wurde: Erstere waren aufs Engste mit „Machtpolitik“, letztere dagegen mit „Verantwortung“ sowie dem militärischer Sicherheitspolitik gegenüberliegenden Pol außenpolitischen Handelns, der Entwicklungspolitik, verknüpft. Wenn Außenminister Genscher etwa im Kontext der Vereinigung forderte, dass die Welt „geprägt sein muß von Verantwortungs- statt Machtpolitik“, dann verband er damit stets die Aufforderung an die eigene Adresse, „das Instrumentarium der Vereinten Nationen für Hilfsmaßnahmen zu stärken“. Geradezu „beschämend“ kam es ihm dabei vor, dass es im Kontext des Kuwait-Krieges 1990 leichter war, in wenigen Wochen „500.000 Soldaten nach Saudi-Arabien, als wenige Hundert Menschen zur Hilfe nach Bangladesch zu bringen“.⁵⁸

Bereits kurz nach der Vereinigung bahnte sich allerdings ein neuer Gebrauch des Verantwortungsbegriffs an. Auch wenn der „Verantwortung vor der Geschichte“ weiterhin Respekt gezollt wurde, gesellte sich zu dieser doch zusehends auch eine „Verantwortung in der Gegenwart“, von der „[d]ie Berufung auf Schuld in der Vergangenheit“ nicht befreie – denn „schuldig werden“ könne auch, „wer sich verweigert“.⁵⁹ Das Verantwortungssprachspiel entwickelte im Laufe der 1990er Jahre insofern eine besondere Dynamik, als es sich von einer Behauptung (Assertiv) in Form von „Deutschland *hat* mehr Verantwortung“ hin zu einem Wunsch oder einer Forderung (Direktiv) von der Art „Deutschland *muß sich* der Verantwortung stellen“ veränderte (vgl. Searle 1971). Wer das Assertiv bejahte, hatte zwar prinzipiell die Wahl, die gewachsene Verantwortung zu „übernehmen“ oder sie „zurückzuweisen“; de facto war das Sprachspiel allerdings immer schon so angelegt, dass an der Übernahme dieser „Verantwortung“ kein Weg vorbeiführte. In den Vereinten Nationen wurden die neuen Akzente bereits 1994 deutlich, als Klaus Kinkel das „Ja zu mehr Mitverantwortung“ durch ein „aber“ konditionierte, das parallel „mehr

56 Hans-Dietrich Genscher (FDP), 10. September 1986, Plenarprotokolle, 10/228, S. 17731C (beide Zitate).

57 Hans-Dietrich Genscher (FDP), 26. September 1990, Rede vor der UN-Generalversammlung, in: Vereinte Nationen 6/1990, S. 212, 211.

58 Hans-Dietrich Genscher (FDP), 5. Juni 1991, Plenarprotokolle, 12/27, S. 2015D (alle Zitate).

59 Volker Rühle (CDU), 6. Juni 1991, Plenarprotokolle, 12/504, S. 2076A (alle Zitate).

Mitsprache“ einforderte – „und zwar dort, wo die wichtigen Entscheidungen fallen, in der UNO und auch im Sicherheitsrat“.⁶⁰ Von hier war es nur noch ein kurzer Sprung, die *Forderung* nach mehr Mitsprache in die Erklärung zu kleiden, dass man „bereit“ sei, „einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat“ zu übernehmen, um damit der „gewachsenen internationalen Verantwortung besser gerecht zu werden“.⁶¹ In militärischer Hinsicht gingen hiermit verstärkte Forderungen nach deutscher Beteiligung an UN-Friedenseinsätzen einher. Verweise auf das „politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Potenzial Deutschlands“ – kurz: das, was in anderen Staaten einfach als Machtpotenzial bezeichnet werden würde – lieferten immer häufiger die Begründung dafür, warum „von uns – mehr als früher – gefordert [wird], mehr Verantwortung für die internationale Friedenssicherung in Europa und darüber hinaus zu übernehmen“. Vor diesem Hintergrund konnte Deutschland „nicht mehr unter Hinweis auf unsere Geschichte abseits“ stehen. Im Gegenteil, die „Geschichte begründet[e] für das wiedervereinigte Deutschland geradezu eine Verpflichtung – zur Solidarität, zur Wahrnehmung von Verantwortung und zur Unterstützung derer, die auf uns bauen“.⁶²

Insgesamt zeigt sich Deutschlands veränderter außenpolitischer Sprachgebrauch nirgends deutlicher als im Blick auf den Verantwortungsbegriff. Während er bis zur Vereinigung weitgehend für die Bündelung all dessen stand, was die Bundesrepublik von der verwerflichen Macht- und Vernichtungspolitik des Dritten Reiches unterschied, wurde er im Laufe der 1990er Jahre immer mehr zur begrifflichen Hülle für eine neue, manchmal mit dem Zusatz „modern“ bzw. „zivil“ aufgewertete, in jedem Fall aber demokratisch gezähmte Machtpolitik,⁶³ die allerdings nicht so genannt wurde. Zudem änderten sich sowohl die gängigen zeitlichen wie auch räumlichen Referenzpunkte (außen-)politischer Verantwortung: Die zeitliche Fixierung auf die Vergangenheit wurde zunehmend verdrängt durch Anforderungen, die von Krisen und Konflikten in der Gegenwart ausgingen, während der räumliche Bezugspunkt Europa sukzessive ergänzt wurde durch eine globale, vor allem über die Vereinten Nationen – und dort insbesondere über das machtpolitische Zentrum, den Sicherheitsrat – vermittelte Perspektive.

4.3 Attribute: Selbstbewusstsein und Stolz

4.3.1 *Selbstbewusstsein* ⁶⁴

„Selbstbewusstsein“ ist in der Alltagssprache ein positives Attribut: Über ein „gesundes Selbstbewusstsein“ zu verfügen – und dies auch in angemessener Weise zu zeigen –, gilt als genauso vorteilhaft, wie ein „geringes“ Selbstbewusstsein als nachteilig gilt. Im politischen Gebrauch taucht „Selbstbewusstsein“ zumeist im Zusammenhang mit der

60 Klaus Kinkel (FDP), 15. Dezember 1994, Plenarprotokolle, 13/9, S. 402 (alle Zitate).

61 Wahlprogramm der FDP von 1998, S. 90.

62 Peter Struck (SPD), 25. Juli 2002, Plenarprotokolle, 14/250, S. 25395A (alle Zitate).

63 Zur positiv besetzten Beschreibung „moderner Machtpolitik“ vgl. Volmer/Brozus (2005); zur Verknüpfung von Macht(politik) und Zivilmacht bzw. Zivilisierung der internationalen Beziehungen vgl. Maull (2004: 60-61).

64 Dieser und der folgende Teil bauen auf Vorarbeiten von Sebastian Kessler und Christian Weber auf.

Charakterisierung eigener Positionen oder Handlungen auf. Eigene (strittige) Politiken sollen gegenüber vermeintlich weniger mutigen, eigenständigen oder erfolgversprechenden, eben *nicht* „selbstbewussten“ Positionen des politischen Gegners, hervorgehoben werden.

Im außenpolitischen Diskurs Deutschlands gewann der Begriff vor allem in der Regierungszeit Gerhard Schröders an Bedeutung. Hier wie auch zuvor tauchte er vorrangig im Zusammenhang mit den Begriffen „Deutschland“ und „Europa“ auf, vor deren Hintergrund auch die Veränderung in seinem Gebrauch am deutlichsten erkennbar wird: In den 1980er Jahren bezeichnete der Begriff vorrangig das deutsche Auftreten gegenüber den USA, wobei die damals oppositionellen Sozialdemokraten die (europäische) Emanzipation gegenüber den USA herausstellten. So sollte die Bundesrepublik nicht länger nur als „Musterschüler in Washington“, sondern als Teil eines „selbstbewußten Europas“ auftreten.⁶⁵ Den Unionsparteien hingegen, denen die SPD indirekt „den Verzicht auf eine selbstbewußte Vertretung unserer Interessen“⁶⁶ vorhielt, ging es darum, Selbstbewusstsein und Bündnisverlässlichkeit als zwei Seiten derselben Medaille erscheinen zu lassen: Den USA wollte man ein respektierter und „selbstbewußter Partner“ sein, „auf dessen Rat gehört wird“, gleichzeitig aber auch ein berechenbarer Partner, „auf den Verlaß ist“.⁶⁷ Mit der Vereinigung Deutschlands löste sich der Begriff aus dem Teildiskurs um die transatlantischen Beziehungen. Zum ersten Mal gab es Anlass, ganz allgemein selbstbewusst aufzutreten. Vor dem Hintergrund einer Umfrage, der zufolge die Schweiz als das große heimliche Vorbild der frisch vereinten Deutschen erschien (Meroth 1991), wurde die Analogie für das „in seiner Geographie, in seiner Wirtschaftskraft [und] in seiner Bevölkerungszahl viel größere Deutschland“ mit Verweis auf die wiedererlangte Souveränität zurückgewiesen:⁶⁸ „Ein souveränes Deutschland darf also durchaus selbstbewußt sein.“⁶⁹ Das Zaghafte „dürfen“ zeigte jedoch an, dass man sich ein neues Selbstbewusstsein noch explizit erlauben musste. Diese Haltung kennzeichnete den Gebrauch des Begriffs auch in den nachfolgenden Jahren.

Zu einem bedeutsameren Schlüsselbegriff wurde Selbstbewusstsein erst ab 1998 mit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung. Gerhard Schröder (1998) verwendete ihn in seiner ersten Regierungserklärung an zentraler Stelle, um die Grundhaltung seiner Regierung zum eigenen Land, seiner Geschichte und seiner Positionierung gegenüber anderen Staaten zu umschreiben: Das vereinte Deutschland könne das „Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation“ an den Tag legen, einer Nation, „die sich niemandem über- oder unterlegen fühlen müsse“.⁷⁰ An diesem Maßstab gemessen schnitt die

65 Horst Ehmke (SPD), 10. September 1986, Plenarprotokolle, 10/228, S. 17718.

66 Wahlprogramm der SPD von 1986, S. 7.

67 Wahlprogramm der CDU/CSU von 1986, S. 9.

68 Klaus Rose (CSU), 13. März 1991, Plenarprotokolle, 12/14, S. 790.

69 Klaus Rose (CSU), 13. März 1991, Plenarprotokolle, 12/14, S. 790.

70 Zit. nach der „Tageszeitung“ vom 11. November 1998, S. 12. Im Original lautete das vollständige und (was die zitierte Passage angeht) korrekte Zitat wie folgt: „Unser Nationalbewußtsein basiert (...) nicht auf den Traditionen eines wilhelminischen ‚Abstammungsrechts‘, sondern auf der Selbstgewißheit unserer Demokratie. Wir sind stolz auf dieses Land, auf seine Landschaften, auf seine Kultur, auf die Kreativität und den Leistungswillen seiner Menschen. Wir sind stolz auf die Älteren, die dieses Land nach dem Krieg aufgebaut und ihm seinen Platz in

rot-grüne Koalition nach vier Jahren Regierungszeit in der eigenen Wahrnehmung erfolgreich ab, sei es ihr doch gelungen, eine „internationale Politik des Selbstbewusstseins ohne Überheblichkeit“⁷¹ bzw. eine „selbstbewusste Politik mit Augenmaß“⁷² umzusetzen. Selbstbewusstsein, Normalität, Verantwortung und Interessenwahrung bildeten die begrifflichen Eckpunkte, um den Kern deutscher Außenpolitik zu beschreiben, wie ihn Franz Müntefering 2002 zusammenfasste:

„Jetzt ist Deutschland ein normales Land in Europa mit Rechten und Pflichten und in der Verantwortung, seinen Beitrag für das Gelingen Europas zu leisten. Bundeskanzler Gerhard Schröder tut das, selbstbewusst die Interessen Deutschlands wählend.“⁷³

Mehr noch, „selbstbewusste Außenpolitik“ konnte nunmehr sogar mit dem „Guten“ in der „Geschichte Deutschlands“ verknüpft werden, auf das man „stolz sein“⁷⁴ konnte. Für die oppositionellen Unionsparteien spiegelte sich in der rot-grünen Mobilisierung außenpolitischen „Selbstbewusstseins“ gegenüber den USA ein altes Muster in neuer Heftigkeit, denn natürlich wollten auch CDU/CSU „ein Deutschland, das selbstbewusst ist und das sein Licht nicht unter den Scheffel stellt“⁷⁵. Doch Verlässlichkeit und eine feste transatlantische Bindung schienen ihr nach wie vor die *conditio sine qua non*, da man „dieses selbstbewusste Deutschland“ nur als „verlässlicher Partner“ bekommen werde. „Verlässlichkeit ist die Voraussetzung dafür, dass wir *Leadership in Partnership* [sic!] wirklich leben können“.⁷⁶ Genau diese Verlässlichkeit wollten sich aber auch SPD und Grüne nicht absprechen lassen, habe Deutschland doch „weltweit noch nie so viele internationale Verpflichtungen übernommen wie heute“. Aus diesem Grund sah man dort auch allen Anlass, „bei diesem Thema sehr selbstbewusst“⁷⁷ aufzutreten.

Insgesamt kann man für den Gebrauch des Begriffs „Selbstbewusstsein“ sowohl einige bemerkenswerte Veränderungen als auch ein wiederkehrendes Muster beobachten: Während er in den 1980er Jahren noch im Wesentlichen auf die deutsche bzw. europäische Rolle gegenüber den USA und in der NATO beschränkt war, trat er infolge der Vereinigung weitgehend in den Hintergrund. Mit dem Amtsantritt der rot-grünen

einem friedlichen Europa geschaffen haben. Wir sind stolz auf die Menschen im Osten unseres Landes, die das Zwangssystem der SED-Diktatur abgeschüttelt und die Mauer zum Einsturz gebracht haben. Was ich hier formuliere, ist das Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt. (...) Auch unsere Nachbarn in Europa wissen, daß sie uns als Deutschen umso mehr trauen können, je mehr wir Deutschen selbst unserer eigenen Kraft vertrauen“ (Schröder 1998: 910). Diese Passage findet sich allerdings nicht in den für die Analyse herangezogenen Haushaltsdebatten.

71 Gerhard Schröder (SPD), 13. September 2002, Plenarprotokolle, 14/253, S. 25587.

72 Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 4. Dezember 2002, Plenarprotokolle, 15/13, S. 936.

73 Franz Müntefering (SPD), 29. Oktober 2002, Plenarprotokolle, 15/4, S. 74.

74 Christoph Zöpel (SPD), 4. Dezember 2002, Plenarprotokolle, 15/13, S. 932C.

75 Angela Merkel (CDU), 29. Oktober 2002, Plenarprotokolle, 15/4, S. 68.

76 Angela Merkel (CDU), 29. Oktober 2002, Plenarprotokolle, 15/4, S. 68.

77 Gernot Erler (SPD), 4. Dezember 2002, Plenarprotokolle, 15/13, S. 930 (alle Zitate).

Bundesregierung wurde er wieder aufgegriffen und sogar ins Zentrum des außenpolitischen Diskurses gerückt. Die Formel vom „Selbstbewusstsein ohne Überheblichkeit“⁷⁸ steht dabei für eine Gratwanderung, die einerseits Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber der Bevormundung ehemaliger Vormächte signalisieren will, andererseits aber auch ein Bewusstsein um nahe liegende Assoziationen an ein „deutsches Wesen“ erkennen lässt, an dem die „Welt genesen“ soll, von denen man sich distanzieren will.⁷⁹

4.3.2 *Stolz*

Im politischen Diskurs dient der Begriff „Stolz“ dazu, bestimmte – zumeist eigene – Handlungen oder Politiken nachträglich als richtig zu qualifizieren. Seine Verwendung gleicht zumeist der Formel: „Ich bin/wir sind stolz auf X.“ Demnach ändert sich über die Zeit nicht der Begriff, sondern lediglich das Objekt des Stolzes. Eine Entscheidung, Handlung oder ein Gegenstand „X“ wird durch die Äußerung des Stolzes emotional positiv besetzt. Entsprechend wird auch die Position des Sprechers durch die Referenz auf das, „worauf man mit Recht stolz sein kann“, aufgewertet.

Im politischen Diskurs Deutschlands im Allgemeinen und im außenpolitischen Diskurs im Besonderen war Stolz lange Zeit ein gemiedener Begriff. Die Fixierung auf die dunklen Seiten deutscher Geschichte eröffnete kaum Möglichkeiten, die gängigen „Stolz“-Sprachspiele einzusetzen. Zu den wenigen Ausnahmen gehörten stets (und gehören noch immer) Bezüge auf die eigenen (vermeintlich) großen Leistungen der eigenen Partei wie auch das (vermeintliche) „Versagen“ des politischen Gegners. Die Unionsparteien etwa nahmen die deutsche Vereinigung, die sie als Leistung ihres Bundeskanzlers reklamierten, zum Anlass, „stolz darauf“ zu sein, „in einer zentralen Frage der deutschen Politik nicht versagt“⁸⁰ zu haben. In vergleichbarer Weise bekundete die SPD ihren „[S]tolz auf einen Bundeskanzler und auf einen Außenminister“, die es mit ihrem Widerstand gegen die Irak-Interventionspläne der Bush-Administration schafften, „eine Zustimmung um mehr als 80 Prozent der Bevölkerung zu erhalten“.⁸¹

Aufschlussreicher als diese polarisierende Mobilisierung der eigenen Klientel sind die weitgehenden Übereinstimmungen über die Objekte von „Stolz“-Bekundungen. Sie umreißen zumeist Felder, bei denen von einem weitgehenden außenpolitischen Konsens ausgegangen werden kann. So war die Unterzeichnung des Einigungsvertrags 1990 nicht nur für den CSU-Abgeordneten Stücklen ein emotionales Erlebnis, das ihn „mit Freude und mit Stolz (...) tief berührt[e]“⁸². Die Tatsache, dass die Vereinigung friedlich und mit Zustimmung aller Nachbarn erreicht wurde, war für viele auch Anlass, ihren „Stolz“ auf die Erfolgsgeschichte der Bonner Außenpolitik zum Ausdruck zu bringen, denn gerade diese habe jenes Vertrauen geschaffen, das es den meisten anderen Staaten ermöglichte, der deutschen Vereinigung zuzustimmen. So lobte etwa Außenminister Genscher 1991 „die Wertbezogenheit unserer Außenpolitik und unsere Festlegung auf Freiheit

78 Gerhard Schröder (SPD), 13. September 2002, Plenarprotokolle, 14/253, S. 25587.

79 Vgl. hierzu den Typus einer „snobbish foreign policy“, den Volker Heins (2007) am Beispiel der Regierung Schröder während des Irak-Kriegs entwickelt.

80 Volker Rühle (CDU), 6. Juni 1991, Plenarprotokolle, 12/28, S. 2070.

81 Gernot Erler (SPD), 4. Dezember 2002, Plenarprotokolle, 15/13, S. 930.

82 Richard Stücklen (CSU), 20. September 1990, Plenarprotokolle, 11/226, S. 17882.

und Menschenwürde, auf Selbstbestimmung und Friedensbewahrung“ als wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg der bisherigen deutschen Außenpolitik, auf die „wir stolz sein“⁸³ können. Solche Lobpreisungen der alten Bonner Außenpolitik fanden sich auch noch Ende der 1990er Jahre. Die Objekte des „Stolzes“ verschoben sich allerdings von einer rückblickenden Freude über die eigenen Verdienste zu einer gegenwartsbezogenen Selbstgewissheit über den gewachsenen „Einfluss“, den Deutschland aufgrund seiner vorbildlichen Außenpolitik erlangt habe. Kurz vor den Bundestagswahlen 1998 sagte Helmut Kohl „mit Stolz“, dass „Deutschland heute ein ruhender Pol in der Völkergemeinschaft und eines der einflußreichsten Länder in der westlichen Welt ist“⁸⁴.

Noch weit bemerkenswerter ist, dass sich Äußerungen des Stolzes seit den späten 1990er Jahren besonders prominent im Zusammenhang mit der neuen Rolle der Bundeswehr finden. War es im sozialdemokratischen Spektrum in den 1980er Jahren noch üblich, im Zusammenhang mit der Bundeswehr bestenfalls „stolz darauf“ zu sein, „daß wir eine Bundeswehr haben, die auf die Verteidigung beschränkt ist, unter dem Primat des Politischen steht, keine Feindbilder kennt, den Bürger in Uniform und die Innere Führung will“,⁸⁵ so änderten sich die Referenzen im Zuge neuer Aufgabenstellungen grundlegend. 1999 meinte Verteidigungsminister Scharping mit Blick auf die in zahlreichen Auslandseinsätzen gebundenen Streitkräfte, „daß man auf die Leistungen der Bundeswehr ebenso stolz sein kann, wie man keinen Grund hat, sie in irgendeiner Weise zu verstecken, weder hinter Kasernenmauern noch sonstwo.“⁸⁶ Michael Glos (CSU) postulierte besonders prägnant: „Die Bundeswehr ist unsere Armee. Wir sind stolz auf sie.“⁸⁷

Der Gebrauch des Begriffs „Stolz“ hat zwischen 1986 und 2002 eine beachtliche Wandlung erfahren, wobei sich sowohl die Objekte als auch die Begründungsstrategien von „Stolz“-Bekundungen verschoben haben. War es im Zuge der Vereinigung noch naheliegend, die außenpolitische Erfolgsgeschichte der Bonner Republik und das Vertrauen, das die Bundesrepublik sich in dieser Zeit erworben hatte, in den Mittelpunkt zu rücken, so trat dieses Element spätestens mit der Regierungsübernahme von Rot-Grün in den Hintergrund. Dass die Bundeswehr gerade unter dieser Regierung zu einem neuen Fixpunkt des „Stolzes“ wurde, sagt ebenso viel über die veränderten politischen Rahmenbedingungen wie über identitäre Verschiebungen aus.

5. Fazit: Ein neues, eigenständigeres Deutschland

Die Untersuchung des Gebrauchs von sechs exemplarisch ausgewählten Schlüsselbegriffen des deutschen außenpolitischen Vokabulars über einen Zeitraum von circa fünfzehn Jahren sollte insbesondere nachzeichnen, wie sich das Selbstverständnis Deutschlands, artikuliert in Sprechakten der außenpolitischen Elite, in diesem Zeitraum entwickelt hat. Die empirische Untersuchung verschiedener Schlüsselwörter förderte dabei merkliche

83 Hans-Dietrich Genscher (FDP), 13. März 1991, Plenarprotokolle, 12/14, S. 792 (beide Zitate).

84 Helmut Kohl (CDU), 3. September 1998, Plenarprotokolle, 13/247, S. 23053-23054.

85 Norbert Gansel (SPD), 12. September 1986, Plenarprotokolle, 10/228, S. 17744.

86 Rudolf Scharping (SPD), 5. Mai 1999, Plenarprotokolle, 14/38, S. 3162.

87 Michael Glos (CSU), 29. Oktober 2002, Plenarprotokolle, 15/4, S. 87.

Verschiebungen zu Tage. Zwei Beobachtungen sind dabei vor allem bedeutsam. Erstens hat sich die Fährte, den allmählichen Veränderungen etablierter Sprachspiele nachzuspüren, als außerordentlich ertragreich erwiesen, denn wie das Beispiel des deutschen außenpolitischen Diskurses zeigt, vollziehen sich die Veränderungen eines spezifischen Vokabulars (und damit notwendigerweise auch politischer Handlungsweisen) weder abrupt noch an der Oberfläche. Das betrifft vor allem Begriffe, die für den außenpolitischen Diskurs die Funktion zentraler *Knoten* haben, also Punkte, an denen wichtige Fäden des semantischen Netzes zusammenlaufen und von denen das Netz als Ganzes getragen wird. Am Beispiel des Machtbegriffs und seiner Vernetzung mit anderen Schlüsselbegriffen des außenpolitischen Diskurses lässt sich dies gut illustrieren. Wie gesehen ist der Machtbegriff für den außenpolitischen Diskurs in Deutschland weiterhin von vergleichsweise marginaler Bedeutung. Allerdings – und das ist in diesem Zusammenhang entscheidend – wurde in den letzten Jahren ein beträchtliches Maß jener Bedeutung, die der Machtbegriff in den außenpolitischen Diskursen anderer Länder transportiert, im deutschen Diskurs zunehmend auf andere Begriffe verlagert. Dies gilt zum einen für Synonyme zur Umschreibung einzelner Facetten von „Macht“, wie „Einfluss“ oder „Gewicht“, die auch in anderen Ländern gängig sind; es gilt aber auch für wichtige weitere Schlüsselbegriffe, die das außenpolitische Vokabular Deutschlands von anderen Staaten absetzen, wie etwa „Verantwortung“ oder „Selbstbewusstsein“. Wenn beispielsweise ein imaginärer Zuhörer aus den 1970er Jahren in einer Zeitmaschine in das Jahr 1999 katapultiert worden wäre und man ihm dort eine Passage aus einer Rede des damaligen deutschen Außenministers Joschka Fischer präsentiert hätte, in der dieser u. a. Deutschlands „Bereitschaft“ erklärte, „dauerhaft mehr Verantwortung zu übernehmen“⁸⁸, dann hätte er dies (vielleicht mit einer leichten Irritation mit Blick auf das Adverb „dauerhaft“) mit hoher Wahrscheinlichkeit für einen Ausschnitt aus einer Rede zur deutschen Vergangenheit und nicht (wie tatsächlich) für eine stehende Formulierung der deutschen Diplomatie gehalten, mit der der deutsche Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zum Ausdruck gebracht wurde. Die Wortkombination „dauerhaft mehr Verantwortung übernehmen“ knüpft insofern an einen durchweg positiv besetzten Begriff an, um einen unmissverständlichen machtpolitischen Anspruch zu formulieren, den man angesichts tief verwurzelter Hemmungen mit dem Machtbegriff selbst nicht bezeichnen kann. Ähnliches ließe sich für die unterschiedlichen Varianten des Begriffs „Selbstbewusstsein“ und seine Verwendung zeigen.

Das Beispiel des Machtbegriffs und des damit verbundenen Phänomens zeigt auch, dass eine Beobachtung, die sich nur auf Selbstbeschreibungen in traditionellen Machtkategorien wie „Großmacht“ oder „Mittelmacht“ konzentriert, insofern an der sprachlichen Oberfläche verbleiben und wichtige Veränderungen zentraler Sprachspiele übersehen würde. Denn selbst wenn die Beschreibungen hierzu variierten, so sind die entscheidenden Sprachspiele, die Aufschluss über das außenpolitische Selbstverständnis Deutschlands geben, doch dort lokalisiert, wo Deutschland von seiner außenpolitischen Elite aufgrund seiner geografischen Lage, seiner wirtschaftlichen Leistungskraft und seines Bevölkerungsreichtums größerer „Einfluss“ und „mehr Verantwortung“ zugeschrieben wird. Daraus werden auch weitergehende Gestaltungsansprüche bzw. Mitspracherechte

88 Vgl. Joseph Fischer (BÜNDNIS 90/GRÜNE), 22. September 1999, Rede vor der UN-Generalversammlung, in: Vereinte Nationen 5/1999, S. 169-171.

abgeleitet. In diese Sprachspiele ordnen sich weitere Schlüsselbegriffe (wie etwa „Interessen“ oder „Normalität“) nahtlos ein, die im Vorfeld ebenfalls untersucht, hier aus Platzgründen aber nicht einbezogen werden konnten.⁸⁹

Im Hinblick auf die Frage, was uns dieser allmähliche Wandel des außenpolitischen Vokabulars an Erkenntnissen über die deutsche Außenpolitik liefert, bleibt festzuhalten, dass neue Akzentsetzungen hinsichtlich der eigenen außenpolitischen Identität unübersehbar sind. Seit der Vereinigung (und umso deutlicher, je mehr man sich der Gegenwart nähert) kommt in den gängigen außenpolitischen Sprachspielen zum Ausdruck, dass sich Deutschland, gespiegelt in den Reden seiner wichtigsten außenpolitischen Repräsentanten, immer mehr als *eigenständiger Akteur* wahrnimmt. Diese Akzentuierung neuer Eigenständigkeit äußert sich in unterschiedlicher Form. Anhand von drei Dimensionen der *Differenz* zu früheren Selbstbeschreibungen bzw. Handlungsweisen kann man sie illustrieren. Erstens zeigt sie sich in der unausweichlichen Neubestimmung dessen, was „Deutschland“ ist: nicht mehr eine politische Forderung, die „Einheit der Nation“ wiederherzustellen, sondern ein Vorschlag zur Neuerfindung des Landes in einer veränderten Welt. Dass diese Neuerfindung im Wesentlichen darauf hinauslaufen soll, ein „normales Land“ mit denselben „Rechten und Pflichten“ wie andere Staaten zu werden, mag auf den ersten Blick verwundern, gehörte es doch unmittelbar nach 1990 noch zu den rhetorischen Pflichtübungen außenpolitischer Redner, die Bonner Außenpolitik nicht nur als eine durchgängige Erfolgsgeschichte, sondern auch als wesentliche Voraussetzung für die Ermöglichung der Vereinigung zu feiern. Für diejenigen, die endlich eine „Normalisierung“ erreichen und Deutschland das „natürliche Machtbewusstsein einer Nation“ verschreiben wollten, war dies allerdings eine allzu positive Beschreibung. Die Bonner Republik wurde daher aus diesem Blickwinkel zur „Anomalität“ erklärt, einem „Symbol für gewinnend sympathische und bescheidene deutsche Politik“, die „für alle bequem“ war, von deren Folgen die Deutschen aber „gesund“ mussten (alle Zitate Bahr 1999: 43, 45). Die Differenz zur alten „Bundesrepublik“ kommt nirgends klarer zum Ausdruck als in der veränderten (und weitgehend akzeptierten) Rolle, die der Bundeswehr mittlerweile zugeschrieben wird: Wenn in der Bundeswehr im linken Spektrum in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch das mögliche Vehikel zu einer „Militarisierung“ der deutschen Außenpolitik gesehen wurde (vgl. Hellmann 1997), so fällt es heute überhaupt nicht mehr auf, wenn nicht nur im bürgerlichen Lager, sondern auch von sozialdemokratischen Verteidigungspolitikern „Stolz“ über die Rolle der Bundeswehr artikuliert wird.

Akzentuiert wird diese neue Eigenständigkeit auch darin, dass zweitens die Differenz zu anderen Akteuren stärker in den Vordergrund rückt. Die USA etwa werden immer seltener als jener verlässliche – und hinsichtlich der eigenen Sicherheit letztlich unersetzliche – Verbündete und immer mehr als ein Akteur beschrieben, von dem sich nicht nur Deutschland, sondern mit ihm auch ganz Europa abgrenzen müsse bzw. demgegenüber es sich „als ebenbürtiger Partner“ durch besonders lobenswerte Handlungsweisen wie Friedensstiftung, multilaterales Vorgehen u. ä. auszeichnen solle. Dasselbe „Europa“ verliert gleichzeitig aber auch jene ihm früher häufig zugeschriebene, geradezu mythische Qualität, als Projektionsfläche alles Guten dienen zu sollen. Die alte Symbiose zwischen „Deutschland“ und „Europa“ weicht zunehmend der Hervorhebung der Differenz.

89 Eine ausführliche Darstellung findet sich allerdings in Hellmann (in Vorbereitung).

Deutsche Außenpolitik ist nicht mehr „schicksalhaft“ mit (EU-)„Europa“ verbunden, sondern agiert gegenüber diesem „Europa“ zunehmend so „normal“ wie die anderen EU-Partner auch. Die „europäische Berufung (...) der Deutschen“⁹⁰ wird zunehmend durch Beschreibungen verdrängt, die die Notwendigkeit herausstreichen, „den Partnern in Europa verständlich zu machen, dass auch die Deutschen ein Recht auf Vertretung ihrer Interessen haben“⁹¹.

In der Sache nicht minder deutlich, wenn auch zumeist etwas diffuser bezüglich möglicher Referenzpunkte, ist drittens die Akzentuierung einer neuen Eigenständigkeit, wie sie sich insbesondere in den letzten Jahren in der bemerkenswerten Zunahme von Selbstbeschreibungen mit unterschiedlichen Variationen des Attributs „Selbstbewusstsein“ oder „Stolz“ äußert. Im neueren außenpolitischen Sprachspiel fungieren diese beiden Begriffe zumeist als Chiffren, die die Differenz zu einem früheren „Selbst“ akzentuieren sollen – dem (vermeintlich mangelnden) „Selbstbewusstsein“ der „Bonner Republik“, das sich, folgt man den gängigen neuen Sprechweisen, insbesondere darin äußerte, dass es (z. B. gegenüber den EU-Partnern) die eigenen „nationalen Interessen“ vernachlässigte oder sich (z. B. gegenüber den USA) allzu schnell den vermeintlichen Ansprüchen anderer Staaten unterordnete (Stichwort: „Scheckbuchdiplomatie“).

Die Analyse der allmählichen Veränderung des außenpolitischen Vokabulars der Bundesrepublik verdeutlicht also zwei Dinge: zum einen, bezogen auf die Entwicklung deutscher Außenpolitik, wie sich im außenpolitischen Diskurs Deutschlands neue Selbstbeschreibungen durchgesetzt haben – und damit eben auch die außenpolitische Identität fortgeschrieben wurde. Bezogen auf die diskurstheoretisch inspirierte Forschung wurde zum anderen deutlich, wie bedeutsam diese Schlüsselwörter *gerade in ihrer Vernetzung* sind: Die hier postulierte neue Eigenständigkeit deutscher Außenpolitik als wesentliches Merkmal „neuer“ deutscher Außenpolitik zeigt sich nicht so sehr im Gebrauch *einzelner* Schlüsselbegriffe, sondern gerade in der Art und Weise, wie sich die zu einem spezifischen Vokabular gehörenden und in einem semantischen Netz notwendig aufeinander bezogenen Schlüsselbegriffe *wechselseitig* entwickeln. In dieser Erschließung neuer (außenpolitischer) Bedeutungsstiftung durch die sprachliche Fortentwicklung ganzer Netze von Schlüsselbegriffen liegt auch ein beträchtliches, bislang wenig ausgeschöpftes Potenzial vokabularanalytischer Untersuchungen. Solche Analysen eignen sich besonders gut dafür, Prozesse der inkrementellen Veränderung zu analysieren – also jene Prozesse, die in gängigen Ansätzen zur Analyse von Wandel schon deshalb häufig unbeachtet bleiben, weil die Veränderungsprozesse, die sich in einer längeren zeitlichen Perspektive durchaus als gravierend herausstellen mögen, dem gängigen Instrumentarium makrosozialer Analyse verstellt bleiben (vgl. Pierson 2003). Wenn es jedoch zutrifft, dass sich Wandel keineswegs nur in jenen krisenhaften Momenten zeigt, die üblicherweise das empirische Material politikwissenschaftlicher Untersuchungen abgeben, sondern sich viel häufiger als inkrementeller Prozess einer Kette von Mikro-Veränderungen darstellt, dann könnte die Vokabularanalyse eine wichtige Lücke schließen.

90 Hans-Dietrich Genscher (FDP), 20. September 1990, Plenarprotokolle, 11/226, S. 17804.

91 Gerhard Schröder (SPD), 24. Februar 1999, Plenarprotokolle, 14/21, S. 1525.

Literatur

- Austin, John L.*, 2002 (1962): *Zur Theorie der Sprechakte (How to do Things with Words)*. Stuttgart.
- Bach, Jonathan P. G.*, 1999: *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*. New York.
- Bahr, Egon*, 1999: Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik, in: *Internationale Politik* 54, 41-52.
- Baring, Arnulf*, 1999: *Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stationen demokratischer Erneuerung 1949-1999*. Stuttgart.
- Baumann, Rainer*, 2006: *Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik, 1988-2000*. Baden-Baden.
- Berger, Thomas U.*, 1998: *Cultures of Anti-militarism. National Security in Germany and Japan*. Baltimore.
- Berndt, Michael*, 1997: *Deutsche Militärpolitik in der „neuen Weltunordnung“*. Zwischen nationalen Interessen und globalen Entwicklungen. Münster.
- Bock, Stefanie*, 2002: *Neuer Wein in alten Schläuchen: Eine Untersuchung zum Bedeutungswandel von Schlüsselbegriffen im außenpolitischen Diskurs Deutschlands*. Diplomarbeit, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität, in: http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/bock_diplomarbeit.pdf; 10.12.2002.
- Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang*, 1999: *Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie*. Arbeitspapier Nr. 34 der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung des Instituts für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.
- Busse, Dietrich*, 1987: *Historische Semantik (Reihe „Sprache und Geschichte“ Bd. 13, hrsg. von Reinhart Koselleck und Karlheinz Stierle)*. Stuttgart.
- Busse, Dietrich*, 2002: *Wortkombinationen*, in: *Cruse, D. Alan/Hundsnurscher, Franz/Job, Michael/Lutzeier, Peter Rolf* (Hrsg.), *Lexikologie. Ein internationales Handbuch zur Natur und Struktur von Wörtern und Wortschätzen (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft)*. Berlin/New York, 408-415.
- Busse, Dietrich*, 2003a: *Begriffsgeschichte oder Diskursgeschichte? Zu theoretischen Grundlagen und Methodenfragen einer historisch-semantischen Epistemologie*, in: *Dutt, Carsten* (Hrsg.), *Herausforderungen der Begriffsgeschichte*. Heidelberg, 17-38.
- Busse, Dietrich*, 2003b: *Linguistische Diskursanalyse. Sprachwissenschaftliche Ansätze zur Analyse gesellschaftlichen Wissens*, Manuskript, in: <http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germ1/mitarbeiter/busse/mat/busse-up-2003.pdf>; 1.11.2006.
- Crawford, Beverly*, 2007: *Power and German Foreign Policy: Embedded Hegemony in Europe*. Basingstoke.
- Duffield, John. S.*, 1999: *Political Culture and State Behaviour: Why Germany Confounds Neorealism*, in: *International Organization* 53, 765-803.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias*, 2002: *Alles nur Rhetorik? Der ideelle Vorder- und Hintergrund der deutschen Debatte über die EU-Osterweiterung*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2, 209-252.
- Gadamer, Hans-Georg*, 1987 (1971): *Die Begriffsgeschichte und die Sprache der Philosophie*, in: *Gadamer, Hans-Georg*, *Gesammelte Werke, Bd. 4 (Neuere Philosophie II)*. Tübingen, 78-94.
- Greiffenhagen, Martin* (Hrsg.), 1980: *Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit*. München.
- Hacke, Christian*, 2003: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*. Berlin.
- Hacke, Christian*, 2006: *Mehr Bismarck, weniger Habermas. Die Große Koalition bringt einen neuen Realismus in die deutsche Außenpolitik*, in: *Internationale Politik* 61, 68-76.

- Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W.*, 2001: Germany as a Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic. Manchester.
- Heins, Volker*, 2007 (im Erscheinen): Crusaders and Snobs. Moralizing Foreign Policy in Britain and Germany, 1999-2005, in: *Heins, Volker/Chandler, David* (Hrsg.), Rethinking Ethical Foreign Policy. Pitfalls, Possibilities and Paradoxes. New York.
- Hellmann, Gunther*, 1997: Jenseits von „Normalisierung“ und „Militarisierung“: Zur Standortdebatte über die neue deutsche Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B1-2*, 24-33.
- Hellmann, Gunther*, 1999: Machtbalance und Vormachtdenken sind überholt: Zum außenpolitischen Diskurs im vereinigten Deutschland, in: *Medick-Krakau, Monika* (Hrsg.), Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden, 97-126.
- Hellmann, Gunther*, (Hrsg.) 2006: Germany's EU Policy in Asylum and Defence: De-Europeanization by Default? Basingstoke.
- Hellmann, Gunther*, 2007: „...um diesen deutschen Weg zu Ende gehen zu können.“ Die Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder-Fischer, in: *Egle, Christoph/Zohnhörer, Reimut* (Hrsg.), Ende des rot-grünen Projekts. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005. Wiesbaden, 453-479.
- Hellmann, Gunther*, (Hrsg.) in Vorbereitung: Das außenpolitische Vokabular der Berliner Republik. Wiesbaden.
- Ifversen, Jan*, 2003: Text, Discourse, Concept: Approaches to Textual Analysis, in: *Kontur – Tidsskrift for Kulturstudier* 7, 61-69, in: http://www.hum.au.dk/cek/kontur/docs/kontur_07/pdf_filer/ji_text.pdf; 13.3.2005.
- Keller, Reiner*, 1997: Diskursanalyse, in: *Hitzler, Ronald/Hohner, Anne* (Hrsg.), Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung. Opladen, 309-333.
- Kirste, Knut/Maull, Hanns*, 1996: Zivilmacht und Rollentheorie, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3, 283-312.
- Koselleck, Reinhart*, 1979: Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: *Koselleck, Reinhart* (Hrsg.), Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart, 19-36.
- Koselleck, Reinhart*, 2002: Begriffsgeschichte, in: *Jordan, Stefan* (Hrsg.), Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart, 40-44.
- Koselleck, Reinhart*, 2006: Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. Frankfurt a. M.
- Kratochwil, Friedrich*, 1989: Rules, Norms and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Society. Cambridge.
- Legro, Jeffrey W.*, 2005: Rethinking the World. Great Power Strategies and International Order. Ithaca.
- Mattern, Janice B.*, 2003: The Difference that Language-Power Makes: Solving the Puzzle of the Suez Crisis, in: *Debrix, Francois* (Hrsg.), Language, Agency and Politics in a Constructed World. New York, 143-171.
- Maull, Hanns W.*, 1992: Großmacht Deutschland? Anmerkungen und Thesen, in: *Kaiser, Karl/Maull, Hanns W.* (Hrsg.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik. Symposium des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bonn, 53-72.
- Maull, Hanns W.*, 2004: Deutsche Machtpolitik ohne Macht, in: *WeltTrends* 12:43, 57-61.
- Maull, Hanns W.*, 2006: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck, in: *Schmidt, Manfred G./Zohnhörer, Reimut* (Hrsg.), Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Innen- und Außenpolitik seit 1949. Wiesbaden.
- Mayring, Philipp*, 2003: Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim.
- Merten, Klaus*, 1995: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen.
- Meroth, Peter*, 1991: Deutschland 2000. Der Staat, den wir uns wünschen, in: *SZ-Magazin*, Nr. 1 (4. Januar), 8-9.

- Milliken, Jennifer*, 1999a: The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods, in: *European Journal of International Relations* 5, 225-254.
- Milliken, Jennifer*, 1999b: Intervention and Identity: Reconstructing the West in Korea, in: *Weldes, Jutta/Laffey, Mark/Guterson, Hugh/Duvall, Raymond* (Hrsg.), *Cultures of Insecurity: States, Communities, and the Production of Danger*. Minneapolis/London.
- Milliken, Jennifer*, 2001: *The Social Construction of the Korean War. Conflict and its Possibilities*. Manchester.
- Mutz, Reinhard*, 2000: Auf schiefer Bahn. Deutsche Außenpolitik – Militarisierung ist mehr als ein Schlagwort geworden, in: *Freitag – Die Ost-West-Zeitung*, 4.8.2000, in: <http://www.freitag.de/2000/32/00320601.htm>; 16.3.2004.
- Onuf, Nicolas*, 1989: *World of Our Making: Rules and Rule in Social Theory and International Relations*. Columbia.
- Pierson, Paul*, 2003: Big, Slow-Moving, and ... Invisible. Macrosocial Processes in the Study of Comparative Politics, in: *Mahoney, James/Rueschemeyer, Dietrich* (Hrsg.), *Comparative Historical Analysis in the Social Sciences*. Cambridge, 177-207.
- Reder, Anna*, 2006: Kollokationsforschung und Kollokationsdidaktik, in: *Linguistik online* 28, 157-176, in: http://www.linguistik-online.de/28_06/; 23.11.2006.
- Risse, Thomas*, 2001: A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation State Identities, in: *Cowles, Maria Green/Caporaso, James/Risse, Thomas* (Hrsg.), *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*. Ithaca/London, 198-216.
- Risse, Thomas*, 2004: Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B11, 24-31.
- Risse, Thomas*, 2006: Deutsche Identität und Außenpolitik, in: *Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard* (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden, 49-61.
- Rorty, Richard M.*, 1989: *Contingency, Irony and Solidarity*. Oxford.
- Rorty, Richard M.*, 1993 (1987): Physikalismus ohne Reduktionismus, in: *Rorty, Richard M.*, *Eine Kultur ohne Zentrum. Vier philosophische Essays*. Stuttgart, 48-71.
- Schöllgen, Gregor*, 2004: Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B11, 9-16.
- Schröder, Gerhard*, 1998: „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, 10. November 1998, in: *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 74 (11. November).
- Schwarz, Hans-Peter*, 1994: *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*. Berlin.
- Searle, John R.*, 1971: *Sprechakte. Ein sprachphilosophischer Essay*. Frankfurt a. M.
- Shrouf, A. Naser*, 2005, *Sprachwandel als Ausdruck politischen Wandels. Am Beispiel des Wortschatzes in Bundestagsdebatten 1949-1998*. Frankfurt a. M.
- Sternberger, Dolf*, 1932: „Fressendes Gift“ bis „Wiedergeburt“, in: *Deutsche Republik* 44 (30. Juli 1932), 1398-1401.
- Stötzl, Georg/Wengeler, Martin*, 1995: *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York.
- Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela* (Hrsg.), 1989: *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist*. Berlin/New York.
- Teubert, Wolfgang*, 1999: Korpuslinguistik und Lexikographie, in: *Deutsche Sprache* 4, 292-313.
- Teubert, Wolfgang*, 2002: Der britische Anti-Europa-Diskurs und seine Schlüsselwörter, in: *Sprachreport* 2, 7-12.
- Teubert, Wolfgang*, 2006: Korpuslinguistik, Hermeneutik und die soziale Konstruktion der Wirklichkeit, in: *Linguistik online* 28, 41-60, in: http://www.linguistik-online.de/28_06/; 23.11.2006.
- Townson, Michael*, 1992: *Mother-tongue and Fatherland. Language and Politics in German*. Manchester/New York.

- Volmer, Ludger/Brozus, Lars*, 2005: Mehr machtpolitische Resozialisierung bitte!, in: *WeltTrends* 13:46, 92-97.
- Wæver, Ole*, 2003: Discursive Approaches, in: *Wiener, Antje/Diez, Thomas* (Hrsg.), *European Integration History*. Oxford, 197-216.
- Wæver, Ole*, 2005: European Integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation, and Europe, in: *Howarth, David R.* (Hrsg.), *Discourse Theory in European Politics*. Basingstoke/Hampshire, 33-67.
- Wittgenstein, Ludwig*, 1984a: *Philosophische Untersuchungen*. Werkausgabe Band 1. Frankfurt a. M.
- Wittgenstein, Ludwig*, 1984b: *Über Gewißheit*. Werkausgabe Band 8. Frankfurt a. M.